



# uniko

JAHRES  
BERICHT  
2018

 uniko  
ÖSTERREICHISCHE  
UNIVERSITÄTENKONFERENZ

- 2** **Nach dem Budgetabschluss:  
Umstellung hat begonnen**  
Eva Blimlinger
- 3** **Nutzen und Verantwortung:  
Universitäten als Think-Tanks**  
Elisabeth Fiorioli
- 4** **Signifikante Verbesserungen nach  
jahrelanger Diskussion**  
Heinz Faßmann
- 5** **Aufklärung im 21. Jahrhundert:  
Für die Freiheit der Wissenschaft**  
Peter-André Alt
- 6** **Nach zwölf Monaten im Amt:  
Elf Milliarden als Ergebnis**  
JAHRESRÜCKBLICK
- 8** **ZWANZIG JAHRE KUNSTUNIVERSITÄTEN**  
Eva Blimlinger
- 8** **ZWANZIG JAHRE KUNSTUNIVERSITÄTEN**  
Reinhard Kannonier
- 10** **„Experte gilt fast schon als Schimpfwort“**  
INTERVIEW Ewald Nowotny
- 13** **Für mehr Strahlkraft in der  
universitären Forschung**  
Klement Tockner
- 14** **FOKUS NEUES REKTORAT:  
Universität für Bodenkultur Wien**  
Hubert Hasenauer
- 15** **FOKUS NEUES REKTORAT:  
Universität Mozarteum Salzburg**  
Elisabeth Gutjahr
- 16** **„Das war exotisch: Nur forschen  
und Drittmittel heranschaffen“**  
INTERVIEW Ursula Hemetek
- 18** **Für kreative Lösungen in Abstimmung  
mit Nutzern**  
Hans-Peter Weiss
- 19** **Forumsnotizen BUDGET**
- 20** **Gesucht: Innovationen vom Rang  
einer Mondlandung**  
Petra Wejwar
- 21** **Forumsnotizen FORSCHUNG**
- 22** **Wenn aus Flüchtlingen  
Studierende werden**  
Nadine Shovakar
- 23** **Forumsnotizen INTERNATIONALES**
- 24** **Europäische Hochschulpolitik:  
Vom Affront zur Annäherung**  
Elisabeth Westphal
- 25** **Forumsnotizen LEHRE**
- 26** **Im Fokus: Beste Bedingungen für  
akademischen Nachwuchs**  
Wolfgang Meixner
- 27** **REKTORATSCHRONIK**
- 28** **BLICKKONTAKTE**
- 29** **Schrödingers Katze als virtuelles  
Haustier der Wissenschaft**  
Anika Suck
- 30** **Alles Populismus? Passende Begriffe  
statt leerer Floskeln**  
Walter Hämmerle
- 31** **Der Evergreen der Zehnerjahre:  
„Ende des freien Uni-Zugangs“**  
Manfred Kadi
- 32** **ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ**
- 34** **STATISTIK**
- 35** **GENERALSEKRETARIAT**

## NACH DEM BUDGETABSCHLUSS: UMSTELLUNG HAT BEGONNEN

Universitäten unter neuen Rahmenbedingungen  
in geänderten politischen Klima



2018 war das Jahr der Umstellung der Universitätsfinanzierung hin zur „kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung“. Zunächst waren noch da und dort Ängste, dass die parlamentarischen Beschlüsse aus dem Sommer 2017, die vor allem die Finanzierung sichergestellt haben, geändert werden. Doch bald nach der Veröffentlichung des Regierungsprogrammes der neuen ÖVP-FPÖ-Regierung war klar: Die Leistungsvereinbarungen für 2019 bis 2021 werden nach neuen Berechnungen dotiert.

Die Rechenmodelle wurden gemeinsam mit dem Ministerium immer wieder modifiziert, um für alle Universitäten zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen zu können, was letztlich gelungen ist. Es stand dann zwar etwas weniger Geld als ursprünglich beschlossen zur Verfügung – Stichwort „Budgetdämpfung“ –, aber schließlich wurde es so verteilt, dass alle Universitäten die nächste Leistungsvereinbarungsperiode mit zahlreichen neuen Vorhaben und vielen neuen Professuren beginnen können. Ein Wermutstropfen bleibt: Bei Nichteinhaltung der Zielvorgaben sollen Prozentsätze des Budgets abgezogen werden. Wie das im Einzelnen gehandhabt werden wird, ist derzeit noch nicht klar. Jedenfalls müssen wir dies im Blick haben.

Sowohl die Verschärfung der Visaerteilungen für Studierende als auch für Forscher\_innen sowie eine verstärkte Agitation gegen Gendergerechtigkeit

und auch Gender Studies entspricht durchaus einem allgemeinen politischen Klima, in dem die Freiheit der Universitäten zur Disposition steht. Diese Entwicklung war ein weiterer Grund, warum im Dezember 2018 zehn europäische Rektorenkonferenzen die „Wiener Erklärung: Universitäten im Zeichen der Aufklärung“ unterzeichnet haben.

### Sorge um Demokratie

Wir haben darin unsere Sorge gegenüber jenen Bewegungen zum Ausdruck gebracht, die – innerhalb und außerhalb Europas – im Aufstieg begriffen sind und da und dort bereits die Regierungspolitik bestimmen und die den demokratischen Charakter unserer Institutionen und unserer Gesellschaft bedrohen. Für die bevorstehenden EU-Wahlen haben wir eine gemeinsame Kampagne „Universities Vote For Europe“ beschlossen, um die Wahlbeteiligung zu steigern.

2018 war auch ein Gedenk- und Jubiläumsjahr, an dem sich viele Universitäten mit Forschungsvorhaben, künstlerischen Arbeiten und Veranstaltungen beteiligt haben: 1918 – Ende des Ersten Weltkriegs, 100 Jahre Frauenwahlrecht, 1938 – „Anschluss“ an das Deutsche Reich, 1968 – Studierendenproteste, 1978 – Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf, 1998 – KUOG-Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste. Die Universitäten haben auf dieser „Achterbahn“ des 20. Jahrhunderts signifikante Spuren hinterlassen.

„Wir haben unsere Sorge gegenüber jenen Bewegungen zum Ausdruck gebracht, die den demokratischen Charakter unserer Institutionen und unserer Gesellschaft bedrohen.“

## NUTZEN UND VERANTWORTUNG: UNIVERSITÄTEN ALS THINK-TANKS

Wissenschaft bietet Basis für  
Gesellschaft und Politik

Worüber sprechen sie, wenn sie nicht über Geld sprechen, könnte man mit Blick auf die Universitäten im Jahr 2018 fragen. Tatsächlich hat die Universitätsfinanzierung im Zuge der Leistungsvereinbarungen die Universitäten intensiv beschäftigt, aber sie stellte nicht andere Themen in den Schatten.

Mit einem großen Thema hat sich die uniko bei der Veranstaltung „Universitätsdiskurs“ zu Wort gemeldet, der im Rahmen des Be Open-Festivals des Wissenschaftsfonds FWF stattgefunden hat: Inklusive Wissenschaft, Open Science und Citizen Science. Was bedeuten die neuen Informationstechnologien für die gesellschaftliche Nutzung von Wissen, das in den Universitäten generiert wird? Die Überzeugung der Expert\_innen war, dass eine offene, durch Mittel der Digitalisierung zugängliche Wissenschaft künftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen wesentlich prägen wird, aber auch Individuen völlig neue Möglichkeiten erhalten, daran zu partizipieren.

Warum aber ist gerade ein Bereich von diesem universitär erzeugten Wissen so schwer erreichbar, nämlich jener der Politik? Diese gründet Think-Tanks, die nebelige Begriffe wie „Zukunftsradar“ und „Wirksamkeitsbarometer“ kreieren, aber man möchte ihr zurufen: Seht her, hier sind unsere Universitäten! Das sind die Think-Tanks, hier entsteht das Wissen, auf dessen Grundlage die sogenannte evidenzbasierte Politik gemacht werden kann. Dass diese fehlt, ist Anlass zur Sorge. Entweder wird wissenschaftliche Evidenz von populistischer Politik ein-

fach ignoriert oder, im schlimmeren Fall, werden Universitäten wie zum Beispiel in unserem Nachbarland Ungarn sogar zu Feindbildern stilisiert – man denke an die Central European University.

### Stärkung der Demokratie

Die Verantwortung der Universitäten ist es daher, mit ihrem Wissen nicht nur innovative Unternehmen, sondern auch das demokratische Bewusstsein der Bürger\_innen zu stärken. „Es gibt keine Freiheit der Wissenschaft ohne eine freie Gesellschaft. Umgekehrt ermöglicht die freie Wissenschaft durch Denk- und Erkenntnisgewinn eine freie Gesellschaft“, so bringt es der Präsident der deutschen Rektorenkonferenz (HRK), Peter-André Alt, auf den Punkt (Seite 5).

Diese Verantwortung verlangt auch, populistischen Narrativen mit einer faktenbasierten Gegenerzählung zu erwidern. Die uniko hat dies unter anderem mit der Evaluierung ihrer MORE-Flüchtlingsinitiative (Seite 22) getan. Das Ergebnis zeigt: Universitäten haben sich als ein Ort erwiesen, an dem Geflüchtete Deutsch lernen, Freunde finden, den Übergang in ein Studium schaffen, sich als Mitglieder der österreichischen Gesellschaft sehen und daher größtenteils optimistisch in die Zukunft blicken. Das tut auch die uniko: 2019 und darüber hinaus.



## SIGNIFIKANTE VERBESSERUNGEN NACH JAHRELANGER DISKUSSION

Neue Universitätsfinanzierung:  
Mehr Mittel und geregelter Zugang



2018 war ein gutes Jahr für Österreichs Universitäten. Mit dem Abschluss der Leistungsvereinbarungen, der signifikanten Budgeterhöhung und der neuen Finanzierungssystematik konnten wir einen Schlussstrich unter einen mehrjährigen Entwicklungs- und Diskussionsprozess setzen. Für unsere Universitäten, die Studierenden und die Professorinnen und Professoren bringen diese Reformen signifikante Verbesserungen.

Künftig gibt es deutlich mehr Geld für unsere Universitäten. Sie erhalten knapp 11 Mrd. Euro (plus 1,3 Mrd. Euro), das sind um 13 Prozent mehr als in der abgelaufenen Leistungsvereinbarungsperiode. Das Geld wird anhand klar definierter Indikatoren zugewiesen. Die Anzahl prüfungsaktiver Studierender ist ein Kernindikator, die Anzahl der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ein zweiter. Dazu kommen wettbewerbsorientierte Output-Indikatoren wie Drittmittel, Zahl der Studierenden in strukturierten Doktoratsprogrammen und Zahl der Graduierten. Im Gegenzug dazu verpflichten sich die Universitäten, die vom BMBWF vorgegebenen Zielsetzungen wie zum Beispiel verbesserte Betreuungsverhältnisse zu verfolgen.

### Zusätzliche Professuren

Der Schlüssel zur Steigerung der Qualität von Studium und Lehre ist das wissenschaftliche Personal. Mehr wissenschaftliches Personal führt zu besserer Betreuung

der Studierenden, die dadurch rascher Prüfungen ablegen und so ihr Studium zeitgerecht abschließen können. Künftig wird es 360 zusätzliche Professuren und Vollzeitäquivalente geben, darunter rund 290 Laufbahnstellen, die Jungwissenschaftlern und Jungwissenschaftlerinnen vorbehalten sind. Die Zuteilung der zusätzlichen Professuren war Gegenstand intensiver Verhandlungen. Wir haben zukunftsweisende Schwerpunkte wie digitaler Wandel, Neuroscience oder Responsible Technologies gesetzt.

Die Universitätsfinanzierung Neu räumt darüber hinaus Möglichkeiten des geregelten Zugangs – auch bei einzelnen Studien – ein, wo dies notwendig ist. Die überwiegende Zahl an Studien bleibt aber weiterhin vollkommen offen.

Mit dieser Universitätsfinanzierung Neu haben wir somit einen neuen Weg eingeschlagen. Die Mittel werden indikatorengestützt verteilt, es gibt eine stärkere Verbindlichkeit, auch den Studierenden gegenüber. Wir erwarten dadurch eine Verbesserung der Betreuungsverhältnisse für Studierende, eine Steigerung der Graduierten, eine Senkung des Drop-outs und eine Zunahme der Forschungsleistung.

Die Erfolge werden sich einstellen, aber die Systemänderung braucht wohl etwas Zeit, um zu wirken. So wartet auch im Jahr 2019 eine Fülle an Themen und Aufgabenstellungen auf uns. Ich freue mich auf den regen Austausch und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Universitätenkonferenz!

## AUFKLÄRUNG IM 21. JAHRHUNDERT: FÜR DIE FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

Am 13. Dezember 2018 trafen sich auf Initiative der uniko die Präsidentinnen und Präsidenten der mittel- und osteuropäischen Rektorenkonferenzen in Wien. Verabschiedet wurde ein Manifest, das ein klares Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit formulierte und allen politischen Versuchen, ihre Wirksamkeit einzuschränken, eine klare Absage erteilte. Leitend bleiben für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer drei Prinzipien, die durch die Diskussion ausdrücklich bekräftigt wurden:

1. Es gibt keine Freiheit der Wissenschaft ohne eine freie Gesellschaft. Umgekehrt ermöglicht die freie Wissenschaft durch Denk- und Erkenntnisgewinn eine freie Gesellschaft. Das Geschenk der Freiheit, das die Gesellschaft der Wissenschaft macht, wird im Gegenzug zurückerstattet – über einen Zuwachs an Vielfalt unserer Welt, über einen Zugewinn an Einsichten, manchmal aber auch durch eine Zunahme an Komplexität, Ambivalenz und Deutungsspielräumen.

2. Keine Diktatur erlaubt es der Wissenschaft, wirklich frei zu sein. Allerdings erkennen wir, dass die Grenzen zwischen Freiheit und Unfreiheit fließend werden. Ist die industriell angeregte Auftragsforschung frei? Ist staatlich budgetierte Programmforschung frei? Hier sind Gradstufen subtiler Abhängigkeiten gegeben, die im Einzelfall genau überprüft werden müssen.

3. Freie Forschung und freie Gesellschaften brauchen die Freiheit des Wortes. Denn nur dort, wo Gedanken ungehindert und ohne Zwang ausgesprochen werden

Ein Manifest zum Schutz des  
autonomen Diskurses

dürfen, herrscht wahre Freiheit. Wer Diskussions- und Meinungsfreiheit einschränkt, behindert die Wissenschaft und die volle Entfaltung ihrer Erkenntniskraft.

### Toleranz als oberstes Prinzip

Was können wir an den Universitäten des 21. Jahrhunderts tun, um die Freiheit zu schützen und zu sichern?

1. Toleranz ist oberstes Prinzip. Verteidigen wir also die Denk- und Redefreiheit gegen alle Angriffe von außen! 2. Es gibt keine absolute Wahrheit. Gerade die Wissenschaft zeigt, dass Naturprozesse, soziale Systeme, historische Ereignisse und literarische Texte, Bildkunstwerke und Dokumente sehr häufig keine eindeutige Aussage bergen. Wissenschaft heißt, Fakten zu interpretieren. Das ist nur möglich im autonomen Diskurs, der neben dem freien Wort die Bereitschaft zur Fehlerkorrektur und zur undogmatischen Offenheit ermöglicht. 3. Akademische Freiheit des Wortes stützt sich auf das Wissen, dass wir uns in einem unabschließbaren Prozess der Erkenntnis befinden. Ambivalenzen, innere Widersprüche und Spannungen gehören dazu.

Wissenschaft bleibt per se angewiesen auf Haltungen, die das Andere verstehbar zu machen suchen. Wenn wir als europäische Universitäten unsere Mission erfüllen wollen, dann müssen wir diese Werte engagiert und kraftvoll vertreten.



## NACH ZWÖLF MONATEN IM AMT: ELF MILLIARDEN ALS ERGEBNIS

Zähes Ringen um Leistungsvereinbarungen  
von Erfolg gekrönt

Zum Jahresende 2018, als die Leistungsvereinbarungen unterzeichnet waren, hatte sich trotz vereinzelter Irritationen weitgehend Zufriedenheit in den Rektoren eingestellt. „Wir haben alle viel Geld bekommen, das ist in diesen Zeiten nicht selbstverständlich“, konstatierte Eva Blimlinger, Präsidentin der Universitätenkonferenz (uniko) und zollte dem neben ihr sitzenden Wissenschaftsminister Heinz Faßmann in der gemeinsamen Pressekonferenz Mitte Dezember ihre Anerkennung. Beide hatten jeweils fast zwölf Monate ihrer Amtszeit hinter sich, und das Ergebnis – 11 Milliarden Euro für die Budgetperiode 2019 bis 2021, ein Plus von beinahe 1,3 Milliarden Euro – konnte sich sehen lassen.

Vergessen waren die übers Jahr aufgetauchten Dissonanzen, die sich an einer „Budgetdämpfung“ und an einer Mehrbelastung der Universitäten entzündet hatten. Anders als in den vergangenen elf Jahren der rotschwarzen Koalition, als Universitätsbelange vielfach als störende Nebengeräusche gegolten hatten, machte die neue Bundesregierung von ÖVP und FPÖ rasch Nägel mit Köpfen. Türkisblau war sechs Wochen im Amt, als die Rektoren und Rektoren Ende Jänner 2018 ins Bundeskanzleramt eingeladen wurden. Zum zweiten Mal in diesem Jahrzehnt bat mit Sebastian Kurz (ÖVP) ein Bundeskanzler – nach Christian Kern (SPÖ) im Juni 2017 – die Mitglieder der uniko zu einem Gespräch in die Räume am Ballhausplatz.

Und abermals ging es um das Thema Studienplatzfinanzierung. Das Langzeitprojekt Universitätsfinanzierung Neu, das in der vorangegangenen Legislaturperiode nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, wurde nunmehr von Kanzler Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) den uniko-Mitgliedern als akkordiertes Ergebnis präsentiert und als eines der ersten Regierungsvorhaben fristgerecht mit 31. Jänner ans Parlament weitergeleitet. uniko-Vize Oliver Vitouch bezeichnete den Entwurf der Novelle als einen „großen Schritt“ und die beschlossenen Zugangsregelungen im Rahmen der Studienplatzfinanzierung als „ein Eintreten in die europäische Normalität“.

Dessen ungeachtet sorgte zu Jahresbeginn das von der neuen Regierung rekrutierte Personal für Unbehagen in der Scientific Community. In einem offenen Brief forderten 200 Universitätsangehörige, darunter Rektorinnen und Rektoren, den Bundeskanzler und den für Wissenschaft zuständigen Bildungsminister auf, „die Zusammenarbeit mit allen, die Mitglieder rechtsextremer Burschenschaften in ihren Büros beschäftigen“, zu beenden. Heinz Faßmann, eben noch Vizerektor der Universität Wien, zeigte jedenfalls Einfühlungsvermögen: Er verstehe das Ansinnen und habe auch mit Rektoren und Professoren persönlich darüber gesprochen. „Ich habe ihnen auch versprochen, weiter wachsam zu sein“, beruhigte der Ressortchef in einem Interview Anfang Feber.

### Staatsoberhaupt als uniko-Gast

Eine nicht alltägliche Premiere wurde der uniko am 5. März an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien zuteil:

Erstmals hatte sich in einer Plenarversammlung ein Bundespräsident angesagt. Alexander Van der Bellen, im Brotberuf Universitätsprofessor, ließ sich über die Anliegen der uniko-Mitglieder informieren.

Im Frühjahr begann es im universitären Gebälk zu knirschen: Die zusätzlich vorgesehenen 1,35 Milliarden Euro für 2019 bis 2021 wurden per Budgetbegleitgesetz um 78 Millionen Euro „gedämpft“, sodass ein Steigerungsbetrag von 1,27 Milliarden Euro verblieb. Zum Abschluss des Sommersemesters schickte sich der Gesetzgeber an, den Universitäten noch einen Rucksack umzuhängen: mit einer Mehrbelastung von acht Millionen Euro, und zwar rückwirkend für die vergangenen Jahre, und einem mehrstelligen Millionenbetrag für die kommenden Jahre. Den Universitäten wurde in Sachen Pensionsaufwand für ausgeschiedene Beamte und Beamtinnen zugemutet, für dieselbe Sache zweimal zu zahlen.

In der im Juni ausgesandten Verordnung zur Universitätsfinanzierung ortete die uniko-Präsidentin „ein Grundmisstrauen gegenüber den Universitäten“, speziell was die Koppelung der Mittelvergabe an die Umsetzung von Qualitätsmaßnahmen in der Lehre betreffe. Dieses Misstrauen wollte sie allerdings nicht an Minister Faßmann (ÖVP) festmachen, sondern am freiheitlichen Koalitionspartner: „Man kann sich leider des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Maßnahmen auch dazu gedacht sind, die Autonomie Stück für Stück zurückzunehmen“, formulierte Blimlinger vor Journalisten.

### Internationales im Blickfeld

Trotz der anlaufenden Gespräche zwischen den Rektoraten und dem Ministerium im Herbst erstreckte sich das Blickfeld weit über den Tellerrand heimischer Hochschul-

politik hinaus: So reagierte die uniko Ende September mit einem scharfen Protest auf das von der ungarischen Regierung eingebrachte Gesetz, akkreditierte Masterprogramme zu Gender Studies in Ungarn aufzuheben. Am 12./13. Dezember fanden sich auf Einladung der uniko vor dem Hintergrund der Tendenzen zur Beschränkung von Autonomie und Freiheit der Wissenschaften sogar zehn Rektorenkonferenzen aus halb Europa mit ihren Spitzen in Wien ein, um im Rahmen eines Workshops die „Wiener Erklärung: Universitäten im Zeichen der Aufklärung“ zu signieren. Dass die ungarische Delegation kurz zuvor ihre Teilnahme abgesagt hatte, rundete das Bild ab.

Schon vier Wochen vor Weihnachten zog Präsidentin Blimlinger eine positive Bilanz über das Ergebnis der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Wissenschaftsressort und den 21 in der uniko vertretenen Universitäten. Wie sich nach dem Abschluss der Verhandlungen herausstellte, erzielten die Universitäten für den Zeitraum 2019 bis 2021 ein individuelles Budgetplus zwischen acht und 18 Prozent. Besonders hohe Zuwächse wurden jenen Universitäten zuteil, an denen überlaufene Studienrichtungen wie Jus oder Psychologie angeboten werden.

Mit dem neuen Modell der Studienplatzfinanzierung werden die Universitäten nunmehr über die drei Säulen Lehre, Forschung und Infrastruktur/strategische Entwicklung finanziert. „Eine Rückkehr zum alten System ist jetzt de facto nicht mehr möglich“, ergänzte Blimlinger mit dem Hinweis auf den langfristigen Prozess der Umstellung. Es sei darauf zu achten, dass man auch für die übernächste Periode ab 2022 das Schlagwort von der „kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung“ nicht aus den Augen verliere. **mk**

EVA BLIMLINGER | Rektorin der Akademie der bildenden Künste Wien

## DER LANGE MARSCH DER KÜNSTLERISCHEN FORSCHUNG



Am 1. Oktober 1998 war es so weit: Die fünf Kunsthochschulen und die Akademie der bildenden Künste Wien wurden durch das Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG) von Hochschulen zu Universitäten. „Die Universitäten der Künste sind berufen, der Entwicklung und der Erschließung der Künste, der Lehre der Kunst, der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen“, hieß es da. Damit war auch der Weg frei, wissenschaftliche Doktoratsstudien selbstständig einzurichten.

Auch Habilitationen waren nun an den Kunstuniversitäten möglich. Und um der Gleichwertigkeit und dem Dienstrecht Genüge zu tun, erfand man die – weltweit einzigartige

und unbekante – künstlerische Habilitation. Erstmals gab es an den Kunsthochschulen die Drittelparität in den Gremien – sie war jedoch nur von kurzer Dauer. Durch das Universitätsgesetz 2002 wurden schließlich die Kunstuniversitäten den 15 anderen Universitäten gesetzlich gleichgestellt und wie diese in die Vollrechtsfähigkeit, sprich Autonomie, entlassen – ohne Drittelparität.

Anders als mit den Habilitationen verhielt es sich mit dem künstlerischen Doktoratsstudium, das erst seit 1. Oktober 2016 in Österreich möglich ist. Die europaweiten Grundprinzipien wurden in „The Florence Principles on the Doctorate in the Arts“ 2016 auf Initiative der Akademie der bildenden Künste Wien

REINHARD KANNONIER | Rektor der Kunstuniversität Linz

## FÜR ZWEI AUFREGENDE JAHRZEHNTE BRAUCHT ES EINEN LANGEN ATEM



Hätte ich 1999 gewusst, was in den folgenden Jahren auf die österreichischen Universitäten im Allgemeinen und auf die Kunstuniversität Linz im Besonderen zukommt, wäre ich wohl an der JKU geblieben, die damals mein Stammhaus war. „Das Universitätsgesetz kommt nicht zur Ruhe“, beginnt das Vorwort zur 5. Auflage des UG 2002, und tatsächlich gab es seither etliche Novellen, aber keine groß angelegte Evaluierung aus der Vogelperspektive, die dringend nötig wäre. Denn Etliches läuft noch unrund im Kompetenzen- und Zuordnungs-Getriebe.

Natürlich – das UG 2002 bedeutete die größte Zäsur für die Universitäten zumindest

im 20. Jahrhundert, und das zog Nachbesserungsbedarf nach sich. Die „speed kills“-Ideologie in der der ersten Hälfte der Nullerjahre musste allerdings zwangsläufig zu Verwerfungen führen, insbesondere bei den organisatorischen Umstellungen und bei der Entwicklung der Curricula.

### Rückenwind genutzt

Die positivsten Impulse gingen zweifellos von der Personalautonomie, der dreijährigen Budgeterstellung und dem Druck zur Profilbildung aus. Die Kunstuniversität Linz hat diesen Rückenwind genutzt und kann deshalb als gutes Beispiel für eine nachhaltig

beschlossen. Dies ist die Folge der seit den frühen 2000er-Jahren an den Kunstuniversitäten begonnenen künstlerischen Forschung (Arts-Based-Research). Entscheidend für die Entwicklung der künstlerischen Forschung in Österreich war die Entwicklung eines eigenen Förderprogramms unter dem Titel „Entwicklung und Erschließung der Künste“ (PEEK) im FWF.

Das künstlerisch-wissenschaftliche PhD in Practice an der Akademie ist mittlerweile ein weltweit anerkanntes Programm und konnte 2018 bei der FWF-Ausschreibung der Doc Funds 1,5 Millionen Euro lukrieren, was eine zentrale Stärkung der künstlerischen Forschung in Österreich bedeutet. Auch die Angewandte und die Musikuniversität Graz bieten ähnliche Programme an, das Mozarteum hat eine Professur für Arts-Based-Research ausgeschrieben, und die Kunstuniversität Linz bietet zahlreiche Lehrveranstaltungen und Projekte in diesem Feld an.

ausgerichtete Positionierung dienen. Die strategische Orientierung richtete sich dabei nach den Stärken und Spezifika der Region und den internationalen Benchmarks. Das Resultat: eine völlige Umoorientierung der Institution und die Entwicklung der drei Profilsäulen „Intermedialität“, „Raumstrategien“ und „wissenschaftlich-künstlerische Forschung“, auf die sich die Studienangebote und Forschungsfelder zentrieren.

Das hieß aber auch: Studien zu entwickeln, die es anderswo nicht oder nicht in dieser speziellen Form gibt. Also eben nicht „Mode“, sondern in Bündelung von regionalen Kompetenzen „Fashion & Technology“. Oder nicht einfach „Architektur“, sondern den Aufbau des höchst erfolgreichen „BASEhabitat“ und der Plattform „SchulRAUMkultur“. Oder das ebenfalls gut vernetzte Labor „Creative Robotics“ – allesamt mit ausgezeichneten Kooperationspartnern aus Wirtschaftsunter-

In den Reflexionen des Wissenschaftsrats zur Weiterentwicklung der Kunstuniversitäten von 2018 wird den sechs österreichischen Kunstuniversitäten ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Sie zählen weltweit zu den renommiertesten Universitäten – so belegt etwa die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien regelmäßig Spitzenplätze, 2019 sogar den ersten Platz in einschlägigen Rankings – was vor allem der hohe Prozentsatz an ausländischen Studierenden und auch Lehrenden zeigt – sowie die Vielzahl prominenter Absolvent\_innen. Fast 50 Prozent der rund 10.000 Studierenden an Kunstuniversitäten kommen aus dem Ausland.

„Die Ausstattung sowie Mittel für Lehre und Forschung spiegeln den hohen internationalen Status der österreichischen Universitäten nicht wider“, ist im Bericht des Wissenschaftsrats zu lesen. Dem kann ich nur zustimmen, auch nach den erfolgreichen Abschlüssen der Leistungsvereinbarungen.

nehmen und Kultureinrichtungen. Oder den im Wintersemester 2019 beginnenden, gemeinsam mit allen Universitäten vor Ort gestalteten Bachelor „Kulturwissenschaft“ mit den strategisch-inhaltlichen Strängen digitale Transformation und Nachhaltigkeit.

Dass jetzt auch der bauliche Rahmen der Kunstuniversität durch den Umbau der beiden Brückenkopfgebäude und die Adaptierung des früheren Postgebäudes in der Domgasse in neuem räumlichen Glanz erstrahlt, ist einer Mischung aus Beharrlichkeit, Netzwerken und Glück zu verdanken. Und natürlich allen, die dafür den langen Atem hatten.

Ich bin also doch froh, dass ich es damals, 1999, nicht wusste – und vor allem dankbar für diese aufregende, lehrreiche, tolle Zeit und für dieses wunderbare Haus namens Kunstuniversität Linz.

## „EXPERTE GILT FAST SCHON ALS SCHIMPFWORT“

Ewald Nowotny über Wissenschaft und Politik,  
seine WU-Jahre und den Universitätszugang



„Es ist auch für die  
Wissenschaft riskant,  
sich auf Einzelpositionen  
zu versteifen – konkret in  
den Wirtschaftswissen-  
schaften.“

Herr Professor, einem KURIER-Porträt aus dem Jahr 2012 ist zu entnehmen, dass in Ihrem Elternhaus bei Tisch zuweilen Latein gesprochen wurde. Inwieweit lässt sich aus der Kenntnis oder Liebe zu alten Sprachen ein Nutzen für ein späteres Wirtschaftstudium oder für einen Topjob in der Finanzwelt ziehen?

**Ewald Nowotny:** Sowohl mein Vater als auch meine Mutter waren Altphilologen und haben das gerne praktiziert – natürlich nicht permanent. Ich habe das primär als Bereicherung meines persönlichen Lebens empfunden. Seit dieser Zeit habe ich ein Interesse und eine Liebe zur klassischen Philosophie und aus dieser Lebenssicht eine gewisse innere Stabilität gefunden. Für die berufliche Seite hat es unmittelbar keine Wirkungen. Allerdings sehe ich aus meiner Tätigkeit bei der EZB (Europäischen Zentralbank), wo ich mit etlichen Kollegen persönlich befreundet bin, dass sie erstaunlicherweise einen Zugang zur Antike, speziell zu stoischen Haltungen, haben. Das hilft einem schon zur Bewältigung der Aufgaben.

**Springen wir von der Antike in die Neuzeit: Sie haben vor Ihrer Bestellung an die Spitze der Nationalbank 2008 Spitzenfunktionen im österreichischen Parlament, an der Wirtschaftsuniversität wie auch im Finanzsektor ausgeübt. Im Gegensatz zu manchem Forscher haben Sie nie Berührungängste im Bezug auf die Politik erkennen lassen. Würden Sie für mehr Austausch zwischen Wissenschaft und Politik plädieren?**

**Nowotny:** Das hängt sehr vom Fachgebiet und der Persönlichkeit ab. Was mich schon seit Studientagen fasziniert hat, ist die Geldtheorie und die Geldpolitik – ein Bereich, wo sich Theorie und Politik eng verzahnen. Auch im Gouverneursrat der EZB hat mehr als die Hälfte der Gouverneure eine akademische Laufbahn hinter sich oder übt teils noch eine Funktion aus. Das ist für mich der spezielle Reiz dieses Gebietes. Ich würde aber nicht generell sagen, dass eine wissenschaftliche Ausbildung per se schon zu einer politischen Tätigkeit prädestiniert.

**Wie beurteilen Sie generell das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik – auch angesichts der Tendenz, wissenschaftliche Erkenntnisse abzuqualifizieren oder zu ignorieren?**

**Nowotny:** Ich glaube, das ist ein großes Problem unserer Zeit. Es gilt ja fast schon als Schimpfwort, jemanden als Experten zu bezeichnen. Umgekehrt muss man sich auch in der Wissenschaft davor hüten, gewisse Dinge, die im Forschungsbereich immer infrage zu stellen sind, als Glaubenssätze zu vertreten. Wichtig ist ein offener Dialog, aber es ist auch für die Wissenschaft riskant, sich auf Einzelpositionen zu versteifen – konkret in den Wirtschaftswissenschaften, wo es oft darum geht, auch unterschiedliche wissenschaftliche Positionen ernst zu nehmen.

**Sie waren ab 2003 zwei Jahre lang Vizerektor der Wirtschaftsuniversität Wien. In Ihre Amtszeit fiel das „Kippen“ der Universitäten von nachgeordneten Dienststellen des Bundesministeriums in die Autonomie. Wie haben Sie die Umstellung ab 2004 an der WU erlebt?**

**Nowotny:** Das war schon eine große Herausforderung. Ich war ja zuständig als Vizerektor für Finanzen – da ging es darum, ein entsprechendes Rechnungswesen aufzubauen, Bilanzen für einen Bereich zu erstellen, der sich von der Marktwirtschaft unterscheidet. Wobei ich zugebe, dass das an der WU leichter war, weil auch das Verständnis meiner Kolleginnen und Kollegen größer war als vielleicht an anderen Universitäten. Wir haben damals noch nicht wirklich den Überblick über die Nachhaltigkeit der Finanzkraft gehabt, sodass ich einen eher restriktiven Kurs gefahren bin.

**Ihre Universitätskarriere ging dann 2005 etwas abrupt zu Ende . . .**

**Nowotny:** . . . und zwar deshalb, weil ich gebeten wurde, als Generaldirektor den Sanierungsfall BAWAG zu übernehmen. Es war für mich schön zu sehen, dass ich hier auf die Solidarität vieler Kollegen der WU zählen konnte. Ich habe ja gewisse Dinge – auch als Generaldirektor – noch weitergeführt, etwa die Doktoratsstudien, damit die Studenten und Studentinnen nicht draufzahlen. Bei der Gelegenheit hatte ich etwa Gespräche mit Kollegen aus dem Rechnungswesen der WU, was mir sehr geholfen hat. So konnte ich bei offenen Fragen immer wieder Klärung bei einer objektiven Stelle suchen.

**Die Frage eines späteren Karrieresprungs zum Rektor hat sich in Ihrem Fall nie gestellt?**

**Nowotny:** Nein, aber ich möchte etwas betonen: Ich habe als Vizerektor immer meine Professur weitergeführt. Es war mir wichtig, sozusagen auch an der Front zu

stehen. Das ist in der Kollegenschaft sehr positiv gesehen worden. Die von mir gesetzten Einsparungsmaßnahmen habe ich als Professor genauso erlebt wie meine Kolleginnen und Kollegen, und das war gut für die Akzeptanz. Es entsteht dadurch das Bewusstsein, nicht Obrigkeit, sondern Teil der Gemeinschaft zu sein. Aber das können natürlich nicht alle so halten.

**Sie waren zuletzt fünf Jahre lang bis Feber 2018 Mitglied des Universitätsrats der WU. Haben Sie während dieser Tätigkeit neue Erkenntnisse über den Universitätsbetrieb gewonnen?**

**Nowotny:** Ich hatte ja den Kontakt zur WU immer gehalten und tue dies noch heute. Daher hatte ich ab 2013 als Mitglied des Universitätsrats den Vorteil, näher am Geschehen der Universität zu sein als Mitglieder, die von außen gekommen sind. Ich habe meine Funktion auch so verstanden, gewisse Fragen aus meiner Lebenswelt in den Universitätsrat zu bringen – das ist ganz gut gelungen. Auch dem damaligen Rektor Badelt ist zugutezuhalten, dass er sich sehr um den vollen Informationsstrom gekümmert hat. Auch seine Nachfolgerin Hanappi-Egger führt das so weiter.

**Die 2018 beschlossene neue Universitätsfinanzierung für 2019 bis 2021 ist mit Zugangsregeln verknüpft, gegen die sich die SPÖ nach wie vor, wenn auch vergeblich, sträubt. Wie geht es Ihnen als prominenter Sozialdemokrat mit dem vielzitierten „Ende des freien Hochschulzugangs“?**

**Nowotny:** Ich habe hier mit vielen meiner politischen Freunde lange und intensive Diskussionen geführt. Ich glaube, die Sorge

### ZUR PERSON

**Ewald Nowotny** (Jahrgang 1944), Matura in Wien, 1967 Doktorat der Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 1973 Habilitation aus Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft; 1979 bis 1999 SPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat; 1981 bis 2008 o. Univ.-Prof. der Wirtschaftsuniversität Wien (WU); 2003 bis 2005 Vizerektor der WU; 1.1.2006 bis 31.12.2007 BAWAG P.S.K.-Generaldirektor; seit 2008 Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank; 2013 bis 2018 Mitglied des Universitätsrats der WU.

um gute Studienbedingungen ist auch im Interesse von Studierenden aus benachteiligtem sozialen Milieu. Es hat wenig Sinn, hier quasi unbegrenzt Studierende hineinzulassen – im Wissen, dass man ihnen kein adäquates Studium bieten kann. Für mich sind etwa viele italienische Unis ein ganz abschreckendes Beispiel, wo man ein Universitätssystem ruinieren kann, wenn zu wenig auf Leistung, nur auf Input und nicht auf Output geachtet wird. Wir haben sicher noch ein ungelöstes Problem in der vollen sozialen Zugänglichkeit, aber das ist durch entsprechende Stipendien zu lösen. Wichtig wäre, schon an den Gymnasien begabte junge Leute heranzuführen.

**Die WU hat unter Rektorin Hanappi-Egger diesbezüglich ein Modell vorgestellt.**

**Nowotny:** Wir unterstützen das als Nationalbank finanziell. Es hat sich – gerade an der WU – gezeigt, dass eine Qualitätsauswahl in der Eingangsphase zwar weniger Anfängerinnen und Anfänger hervorbringt, dass aber rascher studiert wird und mehr Menschen ihr Studium absolvieren. Der soziale Aspekt ist sicher wichtig, aber das darf nicht auf Kosten der Qualität gehen.

**Sie blicken auch als akademischer Lehrer auf eine lange Laufbahn zurück. Welche Ministerin oder welcher Minister hat Sie denn im Wissenschaftsressort am meisten beeindruckt?**

**Nowotny:** Das war ohne Zweifel Hertha Firnberg (1970 bis 1983, Anm.), die für mich auch eine Art Mentorin gewesen ist und mir auch heute noch Vorbild ist. Ich war ja auch im Nationalrat politisch tätig und mit ihr ergab sich eine persönliche Freundschaft.

**Der Jubiläumsfonds der Nationalbank schüttet jährlich eine Summe von bis zu zehn Millionen Euro für wissenschaftliche Arbeiten aus. Haben Sie in den vergangenen zehn Jahren eine Veränderung in der Qualität oder Quantität der Leistungen in der heimischen Forschungslandschaft registriert?**

**Nowotny:** Wir haben das etwas umstrukturiert, indem wir ein stärkeres Gewicht auf die Wirtschaftswissenschaften legen. Wir sehen, dass der Andrang zum Jubiläumsfonds von Jahr zu Jahr steigt, auch weil es mehr Forscher gibt, die sich jetzt um weniger Fördermittel bemühen müssen. Das bedeutet, dass wir auch beim Jubiläumsfonds leider eine hohe Ablehnungsquote haben. Wir haben uns allerdings bemüht, die Verfahren stärker mit Beiräten zu objektivieren, damit keine Förderungsmonopole entstehen. Es zeigt sich, dass sowohl bei den Wirtschaftswissenschaften als auch im medizinischen Bereich die Frage quantitativer Methoden, sprich evidenzbasierte Forschung, an Bedeutung gewinnt – was ich als positiv empfinde.

**Das Interview führte Manfred Kadi.**

## STICHWORT OeNB-Jubiläumsfonds

Der **Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)** wurde auf Beschluss des Generalrats 1966 zum 150-jährigen Gründungsjubiläum der OeNB als „Fonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft“ errichtet. Von 1966 bis 2018 wurden insgesamt 9.939 Projekte mit rund 812 Millionen Euro gefördert. Die Gesamtfördersumme bewegt sich zwischen acht und zehn Millionen Euro jährlich und umfasst vier definierte Gebiete für die wissenschaftliche Nachwuchsförderung: Wirtschaftswissenschaften, Medizinische Wissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften. Aktueller Schwerpunkt für die Vergabesitzungen 2019 und 2020 ist der „Digitale Wandel“.

## FÜR MEHR STRAHLKRAFT IN DER UNIVERSITÄREN FORSCHUNG

Hat man die ehrenvolle Aufgabe, ein Grußwort für einen Jahresbericht zu schreiben, so stellt sich als Erstes die Frage, worauf man den Fokus legen soll. Auf das abgelaufene Jahr? Auf das gemeinsam Erreichte? Oder auf die Zukunft? Ich habe mich für den Blick nach vorne entschieden. Warum? In der österreichischen Forschungslandschaft zeichnen sich Weichenstellungen ab, die die Rahmenbedingungen für Forschende und Universitäten nachhaltig verbessern werden.

Die Universitätsfinanzierung Neu wurde bereits auf den Weg gebracht. Mit der erhöhten Basisdotations steht den heimischen Universitäten ein weiterer Wachstums- und Qualitätsschub bevor. Zahlreiche neue Professuren und Laufbahnstellen können mit den besten und kreativsten Talenten besetzt werden.

Darüber hinaus rückt aus heutiger Sicht eine österreichweite Exzellenzinitiative im Bereich der Grundlagenforschung in greifbare Nähe. Sie besitzt das Potenzial, der universitären Forschung noch zusätzliche Strahlkraft im internationalen Wettbewerb zu verleihen. Beide Maßnahmen können im Zusammenspiel eine weitreichende Hebelwirkung entfalten und das Forschungsland Österreich insgesamt, aber auch exzellente Forschende im Speziellen, weit nach vorne katapultieren.

### Beste Talente im Blickfeld

Als Wissenschaftsfonds FWF ist es unser Ziel, zu jenen Rahmenbedingungen beizutragen, in denen Österreichs Universitäten im 21. Jahrhundert die besten

### Exzellenzinitiative würde Österreich nach vorne werfen

wissenschaftlichen Talente hervorbringen und gleichzeitig aus aller Welt anziehen können. Dazu zählt für mich an oberster Stelle, die institutionellen Profile weiter zu stärken, Teams aus unterschiedlichen Disziplinen noch intensiver zu vernetzen und besonders junge Talente auf dem Weg an die Weltspitze zu begleiten.

### Kontinuierlicher Wachstumspfad

Die notwendige Basis dafür bilden neben einer Exzellenzinitiative auch die künftige Deckung der Overheads und ein kontinuierlicher Wachstumspfad für das FWF-Förderungsbudget. Wir werden nicht aufhören, uns im Sinne der Universitäten dafür stark zu machen.

Für mich als Präsident des Wissenschaftsfonds FWF ist es eine große Freude, dass die Zusammenarbeit mit der Universitätenkonferenz (uniko) so produktiv ist und auf allen Ebenen hervorragend funktioniert. Dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken. Das gemeinsame Ziehen im Sinne der Forscherinnen und Forscher verbindet den FWF und die uniko auch in den nächsten Jahren, davon bin ich überzeugt.



## NACH DER PREMIERE: TEAMWORK UND HOHES TEMPO IM TAGESGESCHÄFT

Das erste Jahr als BOKU-Rektor im Zeitraffer



„Die Gespräche mit dem Ministerium waren getragen von Hilfe, Unterstützung und dem ehrlichen Bemühen, unsere Universität weiterzuentwickeln.“

Ein Jahr ist vergangen, seitdem ich am 1. Februar 2018 mein Amt als Rektor der Universität für Bodenkultur Wien, der Alma mata viridis, angetreten habe. Mit Juni 2017 wurde ich gewählt, alle Vizerektorinnen und Vizerektoren waren bestellt, nun ging es also endlich los. Der erste Tag wird mir ewig in Erinnerung bleiben, denn neben einer kurzen Willkommensfeier der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rektoratsbüro und einem obligatorischen Foto mit dem scheidenden Rektor Martin Gerzabek sowie dem damals amtierenden Universitätsratsvorsitzenden Werner Biffl galt es, sich gleich auf den am 2. Februar 2018 stattfindenden BOKU-Ball vorzubereiten.

Nach einigen Tagen der Einarbeitung begann mit Monatsende die heiße Phase: Die Leistungsvereinbarung (LV) musste bis Ende April vorgelegt werden. Bedenkt man die Vorlaufzeit für den Unirat mit, der das Dokument genehmigen muss, hatten wir im Rektorat nur knappe sieben Wochen Zeit, uns in die Inhalte einzuarbeiten. Eine wirkliche Herausforderung!

### Spaß durch Know-how

Obwohl die Zeit etwas stressig war, hat der Prozess sehr viel Freude gemacht – ich fühlte mich an das Schreiben von EU-Projekten mit strikter Deadline erinnert. Auch hat uns das Arbeiten an der LV als Rektoratsteam zusammengeschweißt, und ich darf sagen, dass ich sehr stolz auf

meine Vizerektorinnen und Vizerektoren bin. Es macht Spaß, mit so viel Kompetenz und Know-how zusammenzuarbeiten. Sehr beeindruckt hat mich in weiterer Folge dann die Professionalität der Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die Gespräche waren getragen von Hilfe, Unterstützung und dem ehrlichen Bemühen, unsere Universität weiterzuentwickeln – im Namen der BOKU darf ich mich dafür herzlich bedanken.

### Gelebte Führungskultur

In den vergangenen Monaten hatte uns das sogenannte „Tagesgeschäft“ fest im Griff, und auch wenn wir eine enorme Unterstützung quer durch alle Gremien, von den Studierenden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfahren, ist das Tempo – und der eigene Anspruch – hoch. Wir wollen oft mehr erledigen als möglich ist, aber dieses Phänomen kennt wohl jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler: Die Begeisterung lässt uns manchmal den tatsächlichen Aufwand unterschätzen. Sehen wir es positiv, denn den Idealismus und die positive Stimmung darf man sich nie nehmen lassen – sie sind Teil unserer gelebten Führungskultur an der BOKU.

Abschließend darf ich mich sowohl bei allen BOKU-Angehörigen für das in mich gesetzte Vertrauen bedanken als auch bei der uniko für die freundliche Aufnahme. Ich freue mich auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit!

## POLITISCHER DIALOG UND WAHRUNG DER AUTONOMIE ALS KUNSTSTÜCK

Vor- und Nachteile des Universitätssystems in Österreich

Am 1. April 2018 nahm das neue Rektorat an der Universität Mozarteum Salzburg seine Arbeit auf – in einer Zeit, die hochschulpolitisch viel Know-how und Engagement forderte: Der nur wenige Tage vor Amtsantritt verabschiedete Entwicklungsplan 2019–2024, die Leistungsvereinbarungen 2019–2021 mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), das erste Audit durch die AQ Austria standen auf der Tagesordnung; ebenso eine Anfrage des Bundeskanzleramts, ob die Universität als Gastgeberin die europäischen Staatschefs beim informellen EU-Gipfel am 20. September 2018 empfangen möchte.

Mit Blick auf Deutschland, das bedingt durch die Länderhoheit in der Bildungspolitik eine uneinheitliche Hochschullandschaft aufweist, wird deutlich: In Österreich kommt dem Dialog mit den politischen Partnern im BMBWF sowie an den jeweiligen regionalen Standorten eine weitaus größere Bedeutung zu. In den Universitätsräten agieren politische Abgesandte neben den vom Senat bestimmten Personen. Leistungsvereinbarungen müssen Bezug nehmen auf den österreichischen gesamt-universitären Entwicklungsplan, der kaum Zuträgliches für die Weiterentwicklung der Kunstuniversitäten bereithält.

### Freiheitsgrade kaum berücksichtigt

In der Umsetzung der mit Bologna-Prozess beschriebenen europäischen Studienreform hat Österreich nur einen Teil des Weges genommen. Der administrative Aufwand und die Steuerungsprozesse wurden gestärkt, die Freiheitsgrade, die

man auch als Kür der Reform bezeichnen könnte, finden allerdings kaum Berücksichtigung – abgesehen von einer Vielfalt an Wahlmodulen.

Politischer Dialog und Autonomie der Universitäten lassen sich nicht immer unter einen Hut bringen. Zudem fördert die österreichische Gesetzgebung mehr eine Abgrenzungs- und Entscheidungskultur denn Austausch und Einvernehmen zwischen den verantwortlichen Gremien. Schon im Rektorat können die Agenden eigenverantwortlich von den einzelnen Mitgliedern wahrgenommen werden. Auch die kollegialen Leitungsorgane der Universitäten entscheiden selbstständig.

In Deutschland hingegen leitet der Rektor oder die Rektorin fast überall auch den Senat, zudem ist das Rektorat beratend im Universitätsrat tätig, dem neben externen Mitgliedern auch ausgewählte Lehrkräfte aus dem Haus angehören. Damit ist ein intensiver Austausch innerhalb der Universitäten zwischen Leitungsgremien und Kollegium, Studierenden und Verwaltung gefordert.

Jedes System hält bekanntlich Vor- und Nachteile bereit. Österreich kann auf seine einzigartige Gesprächskultur vertrauen. Man erlebt sie nicht nur in den Kaffeehäusern: auch innerhalb der Universitäten und vor allem zwischen diesen – die uniko sei hier als Best Practice genannt, samt ihren vielen Fachforen und Arbeitskreisen.



## „DAS WAR EXOTISCH: NUR FORSCHEN UND DRITTMITTEL HERANSCHAFFEN“

Ursula Hemetek über Musik von Minderheiten und den Stellenwert von Wissenschaft und Kunst



**Ursula Hemetek** (Jahrg. 1956), Studium der vergleichenden Musikwissenschaft an der Universität Wien, 1987 Dr. phil. Musikwissenschaft; 2001 Habilitation an der Uni Wien, Ethnomusikologie; seit 1987 Forschung und Lehre an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw), ab 2001 als ao. Univ.-Prof.; 1999 Gründung der Study Group Music and Minorities im International Council for Traditional Music; ab 2011 Leiterin des Instituts für Volksmusikforschung und Ethnomusikologie an der mdw; 2017 Generalsekretärin des International Council for Traditional Music.

**Frau Professor, Sie wurden als Musikwissenschaftlerin 2018 mit dem Wittgenstein-Preis, eine Art österreichischer Nobelpreis, geehrt. Damit ging die Auszeichnung erstmals an eine Kunstuniversität, in Ihrem Fall die mdw. Wie war Ihre erste Reaktion auf die Nachricht?**

**Ursula Hemetek:** Das war völlig unerwartet. Ich bin ja in der Ethnomusikologie tätig, von der die meisten Menschen nicht einmal wissen, was das ist. Ich habe gedacht, das ist chancenlos – deswegen hat mich am meisten gefreut, dass dieses Fach ausgezeichnet wird, weil ich es liebe. Man kann damit so viel bewegen, weil wir uns mit Musik in sozialem Zusammenhang befassen. Ich beschäftige mich seit 40 Jahren mit Musik von Minderheiten, auch weil die Anwendungsmöglichkeiten vielfältig sind und politisch etwas bewirken können. Manchmal wird die Musik von Minderheiten akzeptiert, aber nicht die Minderheit selbst – wie bei der Musik der Roma. Aber es gibt Ansatzmöglichkeiten, um Stereotype abzubauen.

**Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Musik von Minderheiten in Österreich, insbesondere der Roma, burgenländischen Kroaten und der Bosnier. Welche Ihrer Erkenntnisse würden Sie bei einem Konzert der Tamburica Siegendorf ins Programmheft schreiben?**

**Hemetek:** Wenn das Zielpublikum ein burgenlandkroatisches wäre, würde ich anders formulieren als bei einem mehrheitlich österreichischen. Es kommt auch auf den Kontext an, in dem Musik erklingt. Zur

Tamburica würde ich ausführen, dass diese zu einem Identitätssymbol der Burgenlandkroatinnen und -kroaten geworden ist. Allerdings ist die Tamburica im Burgenland eine aus Kroatien übernommene Tradition: Das erste Ensemble wurde erst 1923 gegründet. Trotzdem hat sie sich stark zu einem ethnischen Symbol entwickelt.

**Laut Homepage Ihres Instituts umfasst Ethnomusikologie alle Musiken der Welt. Findet sich da ein roter Faden zwischen nordindischer Kunstmusik und der Musik der Burgenlandkroatinnen und -kroaten?**

**Hemetek:** Die indische Kunstmusik ist ähnlich elitär wie die westeuropäische – allerdings nicht im Klang, sondern in der Art ihrer Integration in die Gesellschaft. Das koloniale Erbe unseres Faches ist, ausgehend von der westeuropäischen Kunstmusik, alles andere als „ethno“ zu betrachten. An unserer Universität wurde 200 Jahre nur westeuropäische Kunstmusik unterrichtet. Es erscheint mir wesentlich, dass auch andere Musiksprachen – mit ihrer eigenen Grammatik und ihrem eigenen Vokabular – einen Stellenwert bekommen, das wäre auch der rote Faden. Für die Ausbildung ist es daher notwendig, den Horizont der Studierenden zu erweitern.

**Inwieweit lässt sich da die Herkunft der Studierenden verwerten?**

**Hemetek:** Wir haben an der mdw 49 Prozent ausländische Studierende. Davon kommen viele mit mehrfachen Ausbildungen ans Haus. Sie alle haben ja westeuropäische Kunstmusik studiert, sonst würden sie nicht die Aufnahmeprüfung bestehen – das sind die Besten der Besten. Andererseits haben viele zum Beispiel traditionelle chinesische Musik studiert oder osmani-

sche Kunstmusik mit im Gepäck. Dieses Potenzial nutzbar zu machen, das ist eines meiner großen Anliegen. An unserem Institut werden sie gefragt, was sie sonst noch können. Das sind oft die besten Mediatorinnen und Mediatoren: Sie können dann wunderbar Unterschiede und Gemeinsamkeiten erklären.

**Ist die mdw bzw. sind Sie mit Ihrem Institut Pionierin in Mitteleuropa oder darüber hinaus?**

**Hemetek:** Wir sind das einzige Institut mit diesem Namen, das gibt es weltweit sonst nirgends. Ursprünglich hieß es im Gründungsjahr 1965 „Institut für Volksmusikforschung“. Durch meine Person ist die Ethnomusikologie dazugekommen, die stark durch die Minderheitenforschung – mein Habilitationsthema – geprägt ist. Institute, die nur Ethnomusikologie betreiben, gibt es weltweit viele. Der Begriff selbst ist stark vom englischsprachigen Raum geprägt, wurde dort erstmals 1955 so genannt, hat viele Neudefinitionen erfahren und wird seither stets kritisch beleuchtet.

**Sie haben Ihre akademische Laufbahn an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst begonnen, die vor 20 Jahren zur Universität wurde. Wie haben Sie den Wandel bedingt durch die Autonomie wahrgenommen?**

**Hemetek:** Als ich 1987 begonnen habe, gab es noch die Tendenz, Volksmusikforschung als Nebenfach zu betrachten. Mein vom Wissenschaftsfonds gefördertes Projekt zur Erforschung der Roma-Musik war 1990 das erste Drittmittelprojekt an diesem Haus – das war exotisch: nur zu

forschen und Drittmittel heranzuschaffen. Das hat sich wesentlich geändert, aber es war ein langer Weg. Diese damalige Front Kunst gegen Wissenschaft habe ich noch sehr stark erlebt. Mittlerweile sind wir in Curricula besser verankert, und durch die vorgeschriebenen wissenschaftlichen Abschlussarbeiten ist der Stellenwert höher geworden. Ganz wesentlich war aber die Einführung des Doktoratsstudiums – das war der Schritt zum gleichberechtigten Status der Wissenschaft.

**Wie beurteilen Sie das Zusammenspiel der Leitungsorgane?**

**Hemetek:** Die strukturelle Selbstverwaltung war natürlich ein Lernprozess. Auch wenn es gedauert hat – die Gremien, also Unirat, Rektorat, Senat, funktionieren jetzt sehr gut. Besonders an unserem Haus, weil wir auf die Einbindung der Studierenden in jeden Diskussionsprozess achten. Ich bin seit einigen Jahren im Senat, der schon wesentliche Kämpfe ausgefochten hat. Ein gewisses Konfliktpotenzial besteht, insbesondere durch Einmischung der Politik.

**Der Wittgenstein-Preis ist mit 1,4 Millionen Euro Preisgeld dotiert. In welche Projekte wollen Sie diese Summe investieren?**

**Hemetek:** Ich investiere das Geld in den Nachwuchs und werde an diesem Haus ein Forschungszentrum gründen. Es wird Music and Minorities Research-Center heißen, und ich werde es leiten. Es soll einen internationalen und einen nationalen Beirat geben – mit Prä- und Post-Doc-Stellen. Die ersten Stellen sind schon ausgeschrieben.

**Das Interview führte Manfred Kadi.**

### STICHWORT Wittgenstein-Preis

Der **Wittgenstein-Preis**, benannt nach dem österreichischen Philosophen **Ludwig Wittgenstein**, ist mit einem Preisgeld bis zu 1,5 Millionen Euro der höchstdotierte Preis der Republik Österreich im Bereich der Wissenschaften. Der Preis wurde 1996 ins Leben gerufen und wird einmal jährlich vom Wissenschaftsfonds FWF ausgeschrieben und vom Wissenschaftsministerium (BMBWF) vergeben. Ziel des Preises: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein Höchstmaß an Freiheit und Flexibilität bei der Durchführung ihrer Forschungsarbeiten zu garantieren, um eine außergewöhnliche Steigerung ihrer Leistungen zu ermöglichen.

## FÜR KREATIVE LÖSUNGEN IN ABSTIMMUNG MIT NUTZERN

Die BIG als Partnerin der  
österreichischen Universitäten



„Wir haben mit unserer massiven universitären Neubau- und Sanierungs-offensive den richtigen Weg eingeschlagen.“

Als wichtigste und größte Kundengruppe der BIG haben die österreichischen Universitäten einen besonderen Stellenwert. Entsprechend intensiv ist die Zusammenarbeit. Eine zeitgemäße Universitätsinfrastruktur, die Studium, Lehre und Forschung optimal unterstützt und fördert, bildet eine wesentliche Grundlage für die Erfolge der heimischen Hochschulen. Als Eigentümer liegt der Zustand der Unigebäude und Liegenschaften in unserer Verantwortung – die wir gerne wahrnehmen.

Universitätsbauprojekte sind immer eine besondere Herausforderung und verlangen individuelle – oft kreative – Lösungen in intensiver Abstimmung mit den künftigen Nutzern. Das macht sie spannend und attraktiv.

Die Qualität des Studienortes ist ein Entscheidungskriterium für die Auswahl der Universität – bei Studierenden wie auch bei Lehrenden. Eine im Jahr 2016 von der BIG in Auftrag gegebene österreichweite Gallup-Umfrage bestätigt, wie wichtig es Studierenden und Universitätsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern ist, sich in den Räumen ihrer Uni wohlfühlen. Das zeigt, dass wir mit unserer massiven universitären Neubau- und Sanierungs-offensive den richtigen Weg eingeschlagen haben. Als mit der Gründung der BIG im Jahr 2001 nahezu alle Universitätsgebäude in unser Portfolio übergangen, waren diese in die Jahre gekommen und wiesen einen hohen Instandhaltungsrückstau auf.

Heute ist der weitaus überwiegende Teil unserer Unigebäude in einem sehr guten, oftmals hervorragenden Zustand und hält internationalen Vergleichen mehr als stand. Dafür wurden an den österreichischen Universitäten in den letzten 15 Jahren mehr als 2 Milliarden Euro in Generalsanierungen und Neubauten und fast eine Milliarde Euro in die laufende Instandhaltung investiert. Aber es bleibt noch viel zu tun: Noch sind nicht alle Gebäude in adäquatem Zustand; und es gibt – bedingt durch das rasante Wachstum einzelner Hochschulen – zusätzlichen Platzbedarf. Steigende Liegenschaftspreise stellen uns bei Neubau- und Erweiterungsprojekten immer wieder vor Herausforderungen, denen wir durch eine langfristige Masterplanung zur Standortentwicklung Rechnung tragen.

### Nachhaltiges Bauen

Immer mehr Bedeutung im Universitätsbau gewinnen Themen des nachhaltigen Bauens, wie Lebenszyklusbetrachtung und alternative Energietechnologien. Gemeinsam mit unseren universitären Partnern konnten wir hier in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle auch im europäischen Vergleich einnehmen. Unterstützt und optimiert werden diese Entwicklungen durch effiziente Steuerung nach einheitlichen Betriebsführungsstandards. Hier bietet die BIG vollintegrierte Angebote.

Künftig wird es notwendig sein, verstärkt Raum für Kooperationen zwischen Unis und forschungs- und technologiegetriebenen Unternehmen zu schaffen. Erste Projekte konnten wir in Wien, Graz, Linz und Innsbruck bereits umsetzen.

## AUF ERFOLGREICHEN ABSCHLUSS FOLGT DAS PROJEKT-MONITORING

Noch bevor die 21 Rektorinnen und Rektoren am 18. Dezember 2018 von Bundesminister **Heinz Faßmann** zur feierlichen Übergabe der Leistungsvereinbarungen (LV) in die Räumlichkeiten am Wiener Minoritenplatz gebeten wurden, hatte man im **Forum Budget** der uniko den Blick bereits auf die kommenden drei Jahre bis Ende 2021 gerichtet. Für die in Aussicht gestellte Monitoring-Gruppe zum Thema Universitätsfinanzierung Neu befassten sich die Mitglieder des Forums bereits mit Fragen der Treffsicherheit von Indikatoren und Finanzierungssätzen, den in den LV verankerten Sanktionen bei Nichterfüllung von Zielwerten, aber auch Verbesserungen für den künftigen Verhandlungsprozess zwischen Universitäten und Wissenschaftsressort.

Auch wenn die Leistungsvereinbarung letztlich von allen Rektoraten unterzeichnet wurde, war so manchen Rückmeldungen zu entnehmen, dass die Verhandlungen bei einigen Universitäten „suboptimal“ abgelaufen seien, resümiert Vizerektor **Peter Riedler** (Universität Graz), der im Oktober den Vorsitz im **Forum Budget** von Vizerektorin **Andrea Hoffmann** (TU Graz) übernommen hat. Vorsitzender **Riedler**: „Zwar wurden die erwarteten Ergebnisse aufgrund von intensiven Vorverhandlungen erreicht, allerdings bleibt die Finanzierung der Infrastruktur ungeklärt.“ Die Kommunikation der positiven und negativen Aspekte werde für den Evaluierungsprozess daher äußerst wichtig sein; ebenso wie die Frage, welche Entwicklungen des Modells der Studienplatzfinanzierung – und damit verbunden die Dotierung nach Prüfungsaktivität – wünschenswert seien und welche nicht.

Leistungsvereinbarungen  
kommen auf den Prüfstand

Abseits des dominierenden Themas Universitätsfinanzierung – bei einem Rekordvolumen von rund 11 Milliarden Euro für den Zeitraum 2019 bis 2021 – beschäftigten sich die Mitglieder des **Forums Budget** auch mit strategischen Themen wie dem gesamtösterreichischen Entwicklungsplan der Universitäten, dem Anteil von Gebäudekosten und Mieten am Gesamtbudget und den Auswirkungen der Kosten- und Leistungsrechnung. Vorsitzender **Riedler**: „Die gemeinsame Sichtweise der Universitäten zu Themen vereinfacht die Durchsetzung von Standpunkten, die oft große finanzielle Auswirkungen haben.“

### Konstruktives Miteinander

Eine erfolgreiche Zwischenbilanz zog die „Permanente Indikatoren-Arbeitsgruppe Universitäten“, die vor zwei Jahren ins Leben gerufen worden war, um die Entstehung von Datenfriedhöfen einzudämmen. Die vom Wissenschaftsressort und der uniko zu gleichen Teilen beschickte AG hatte den Auftrag, konkrete Vorschläge im Bereich Hochschulstatistik/Indikatoren-Entwicklung zu erarbeiten, und sollte nicht nur Budgetbelange, sondern auch alle anderen Bereiche wie Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung sowie Internationales beleuchten. **Riedler**: „Es ist uns in einem konstruktiven Miteinander gelungen, sinnvollen und arbeitssparenden Lösungen, nicht zuletzt im Interesse der Steuerungseigenständigkeit der Unis, zum Durchbruch zu verhelfen.“ **mk**

## GESUCHT: INNOVATIONEN VOM RANG EINER MONDLANDUNG

Mission Areas als Nährboden kreativer Forschungsleistungen



Das Jahr 2018 stand ganz im Zeichen von *Horizon Europe*. Für das 9. Forschungsrahmenprogramm der EU wurden die letzten Vorkehrungen getroffen, wobei Österreich im Rahmen der EU-Präsidentschaft eine besondere Rolle gespielt hat.

Eine bemerkenswerte Neuerung sind die *Mission Areas*, die Europa in ausgewählten Bereichen zu Spitzeninnovationen – gleich der ersten Mondlandung – führen sollen. Einer der wichtigsten Bausteine der *Mission-Konzepte* ist die gesellschaftliche Relevanz, die u. a. durch Einbindung der Öffentlichkeit gesichert werden kann und soll. Eine verstärkte „Openness“ der Wissenschaft wird immer bedeutsamer und meint in zunehmendem Maße auch den wechselseitigen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

### Universitätsdiskurs Austria

In diesem Sinne ist es besonders bedauerlich, dass die Hochschulgespräche im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach 2018 keinen Platz gefunden haben. Gerade im Sinne eines breiten und interdisziplinären Weitblicks auf die Zukunft haben in den Jahren zuvor die Hochschulgespräche neben den fachlichen Schwerpunktgesprächen immer eine wichtige Austauschplattform geboten.

Die uniko hat aus ebendieser Motivation heraus den Universitätsdiskurs Austria ins Leben gerufen und damit einen Dialograum

für Wissenschaft, Kunst und Gesellschaft geschaffen, der auf starke Resonanz gestoßen ist. Dialog und Kooperation ist in der Forschung auch zwischen Sektoren, Institutionen und Disziplinen gefragt denn je.

Missionsorientierung, Interdisziplinarität und Vernetzung in der Forschung werden als essenziell für Innovation und gesellschaftlichen Mehrwert verstanden. Neue Förderschwerpunkte wie *European Universities* und der Ruf nach einer Exzellenzinitiative der Österreichischen Bundesregierung verweisen beispielhaft auf die zunehmende Wichtigkeit der Grundlagenforschung auch im politischen Kontext. Der Enthusiasmus zum Neuen darf allerdings nicht zulasten etablierter Förderinfrastrukturen gehen, die in Österreich weiterhin besser dotiert sein könnten, um vorhandenes Potenzial bestmöglich auszuschöpfen, wenn Österreich eine Führungsrolle im internationalen Wettbewerb einnehmen soll.

Zu guter Letzt sei – ganz im Sinne von Prof. Marianna Mazzucato, deren Feder das *Mission-Konzept* entspringt – zu mehr *culture of experimentation and risk taking* aufgerufen. Ausreichende Finanzierung, Komplexitätsreduktion in der Förderlandschaft und Vertrauen in die wissenschaftliche Ethik anstelle von Überreglementierung sind die Gebote, denen es zur Erhaltung der Freiheit der Wissenschaft – jenem Nährboden kreativer Leistungen, die Mondlandungen möglich machen können – zu folgen gilt.

## IMPULSGEBER UND DISKURSBEREITER FÜR ÖSTERREICH UND EUROPA

Exzellenzinitiative (eXiN), Universitätsdiskurs Austria, Europäisches Forschungsrahmenprogramm (*Horizon Europe*): Über Mangel an Themen konnten sich die Mitglieder des **Forums Forschung** in ihren Sitzungen nicht beklagen. Der Gedankenaustausch zwischen den zuständigen Rektoratsmitgliedern mündete vielfach in Positionspapieren der uniko und im Fall des Universitätsdiskurses, der Alternativveranstaltung der uniko für das eingestellte Universitätenforum in Alpbach, in einen unerwartet hohen Publikumszuspruch.

Nachdem das Wissenschaftsministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt hatte, um gemäß den Vorgaben des Regierungsprogramms Anreize für Forschungsexzellenz in Österreich zu schaffen, steuerte das **Forum Forschung** unter Vorsitz von Vizerektor **Johannes Fröhlich** (TU Wien) den Input für die offizielle Stellungnahme der uniko bei. In diesem zum Jahresende veröffentlichten Schriftstück pochte die uniko auf eine Reihe von Kernpunkten als Voraussetzungen für den Erfolg einer Exzellenzinitiative, darunter: Förderung der Grundlagenforschung ohne thematische Vorgaben; keine Einschränkungen von Leistungen der Forschung und der Künste durch ex-ante-Definitionen; Abdeckung von 25 Prozent der Overheadkosten als notwendiger Bestandteil von eXiN; Programmmanagement von eXiN durch den Wissenschaftsfonds FWF. Vorsitzender **Fröhlich**: „Die im Positionspapier genannten Kernpunkte argumentieren einmal mehr, den FWF als den Förderer exzellenter Grundlagenforschung mit angemessenem, sprich höherem, Budget auszustatten.“

Programmarbeit auf allen Ebenen für mehr Exzellenz

Im Rahmen der vom **Forum Forschung** vorbereiteten Veranstaltung „Universitätsdiskurs Austria“ am 11. September wies uniko-Präsidentin **Eva Blimlinger** auf den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft hin, der mit dem neuen Format intensiviert werden soll – auch mit kontroversiellen Themen wie dem gewählten Motto „Inklusive Wissenschaft: Zum Für und Wider von *Open Science* und *Citizen Science*“. Dieses lockte im Rahmen des Festes „50 Jahre Wissenschaftsfonds“ am Maria-Theresien-Platz in Wien mehr als 150 Personen ins Festzelt zwischen den beiden Bundesmuseen.

### Universitäten als Innovationshort

Das vom **Forum Forschung** erstellte Positionspapier der uniko zu *Horizon Europe* wurde im September veröffentlicht. Darin wird die Fortführung des Europäischen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation (2021–2027) ausdrücklich befürwortet. Als Input für den „Austrian FP9 Think Tank“, koordiniert vom BMBWF, hebt die uniko neben der Förderung von exzellenter Forschung vor allem einen Punkt hervor, auf den im neuen Rahmenprogramm besonderes Augenmerk zu richten sei: die forschungsintensiven Universitäten als „Hort der Kreativität und Innovation“. Vorsitzender **Fröhlich** ergänzt: „Gerade in Zeiten von Fake Science und Fake News ist es wichtig, die zentrale Rolle der Universitäten als seriöse Wissenserzeuger und Wissensvermittler zu stärken.“ **mk**

## WENN AUS FLÜCHTLINGEN STUDIERENDE WERDEN

Evaluierung der MORE-Initiative  
bestätigt Erfolgskurs



„Die Universitäten erleben die MORE-Studierenden als Bereicherung: als Menschen, die ihre Potenziale an der Universität einbringen.“

Die Universitäten haben im Herbst 2015 mit dem MORE-Programm sehr schnell eine Zugangsmöglichkeit für Personen, die in Österreich Asyl suchen, eingerichtet. Das Angebot traf die Intention der Universitäten, nämlich den Geflüchteten rasch und unbürokratisch einen Anschluss an den Universitäten zu ermöglichen.

Mittlerweile ist das Programm seinen Kinderschuhen entwachsen und hat gemäß den jeweiligen Bedingungen der Universitäten unterschiedliche Ausprägungen erfahren. An manchen Standorten wurden neue Lehrveranstaltungen, insbesondere Deutschkurse, eingerichtet, an anderen ist eine Teilnahme an ausgewählten Lehrveranstaltungen möglich. Zudem gibt es spezielle Kultur- und Freizeitangebote, oft von „Buddies“ organisiert. Für die Umsetzung sorgen an den Universitäten MORE-Koordinatorinnen und Koordinatoren, die Gesamtkoordination liegt bei der uniko.

Im Jahr 2018 wurde die MORE-Initiative mittels zweier Befragungen – einmal der für MORE Verantwortlichen durch die uniko, einmal der MORE-Studierenden in einem Forschungspraktikum der JKU Linz – evaluiert. Die Ergebnisse informieren über die soziodemografischen Merkmale der Studierenden, ihren Studienverlauf, ihre Zufriedenheit mit dem Programm sowie über Zielsetzungen und Erfahrungen der für MORE zuständigen Personen. So zeigt sich, dass im Zeitraum von September 2015 bis Feber 2018 ca. 2.500 Studierende

am MORE-Programm teilgenommen und insgesamt 3.957 Kurse belegt haben. Der durchschnittliche MORE-Studierende ist 26 Jahre alt, männlich und stammt aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak. Während der Anteil syrischer Studierender kontinuierlich von ca. einem Drittel auf ein Sechstel gefallen ist, stieg der Anteil afghanischer Studierender im gleichen Maße an.

### Sprung ins Regelstudium

Im Wintersemester 2015/16 waren beinahe alle MORE-Studierenden neu im österreichischen Universitätssystem. Dennoch schaffte einer von 20 MORE-Studierenden bereits den Sprung ins Regelstudium bzw. in einen Vorstudienlehrgang; bis zum WS 2017/18 sind immerhin 68 MORE-Studierende in ein ordentliches Studium übergetreten. Die vorläufig noch niedrigen Zahlen zu den Übertritten sind auf den Erwerb der nötigen Sprachkenntnisse zurückzuführen, sie sollten in den nächsten Semestern weiter ansteigen.

MORE-Studierende profitieren durch das Programm nicht nur fachlich (gutes Deutschniveau, Anschluss an andere universitäre Bildungsangebote), sondern vor allem auch persönlich durch eine gelungene Integration mit vielen neuen Freundschaften zu österreichischen und internationalen Studierenden. Die Universitäten erleben die MORE-Studierenden als Bereicherung: als Menschen, die ihre Potenziale an der Universität einbringen und damit einen Beitrag zu deren gedeihlicher Entwicklung leisten.

## NEUJUSTIERUNG DER PARTNERSCHAFTEN MIT UNIVERSITÄRER TRIEBKRAFT

Die Brexit-Debatte beschäftigte naturgemäß auch die Gremien der uniko – nicht nur im **Forum Internationales**, sondern auch auf Ebene der Plenarversammlung bis ins erste Quartal 2019, als sich die Rektorate auf ein drohendes No-Deal-Szenario der Briten mit der EU vorbereiteten. Schon zuvor war eine Delegation von **Universities UK** am 18. Oktober zu einem Arbeitsgespräch nach Wien angereist, um gemeinsam mit uniko-Mitgliedern eine Schadensbegrenzung in den akademischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erörtern.

Die Präsidentin von **Universities UK**, **Dame Janet Beer**, und die Präsidentin der uniko, **Eva Blimlinger**, kamen bei dem Treffen in der Geschäftsstelle der uniko überein, die bisherige Kooperation zu vertiefen. Unabhängig vom Ergebnis der Brexit-Verhandlungen und allfälligen Auswirkungen auf die Scientific Community bekundeten die Rektorinnen und Rektoren der Universitäten beider Länder ihr Interesse, die wechselseitigen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die politisch Verantwortlichen beider Länder wurden in einem gemeinsamen Statement aufgefordert, einen Weg zu finden, „unsere Zusammenarbeit in Forschung und Lehre fortzusetzen“.

### Verhältnis zum OeAD

Im **Forum Internationales** nahm die Zusammenarbeit mit der OeAD-GmbH breiten Raum ein, zumal dort für den Jahreswechsel 2018/19 eine Neubesetzung der Geschäftsführung avisiert wurde. Der designierte Geschäftsführer **Jakob Calice** stattete dem Forum im Oktober einen Besuch ab und hielt bezüglich des Rollenverständnisses

Vom Brexit bis zum Fremdenrecht:  
uniko als gefragte Adresse

fest, dass sich der OeAD als Unterstützer der Internationalisierung verstehe. Mit den Universitäten als „Treiber“ der Internationalisierung werde es den bestmöglichen Austausch geben.

Vizerektor **Peter Moser** (Montanuniversität Leoben), im Sommer zum Nachfolger der bisherigen Vorsitzenden des Forums, Rektorin **Elisabeth Freismuth** (Kunstuniversität Graz), gewählt, erklärt dazu: „Universitäten und OeAD müssen enger gemeinsam daran arbeiten, die besten internationalen Studierenden nach Österreich zu bringen und heimischen Studierenden die besten Studienmöglichkeiten im Ausland zu bieten. Ebenso sind die Universitäten und der OeAD gemeinsam gefordert, das Bild Österreichs im Ausland als exzellenter und offener Studienplatz zu kommunizieren.“

Einmal mehr war das **Forum Internationales** mit Verbesserungsvorschlägen im Rahmen der Begutachtung des Fremdenrechtsänderungsgesetzes beschäftigt, die in eine Stellungnahme der uniko mündeten. So wurde die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/801 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken begrüßt; desgleichen auch die Festlegung eines Sprachniveaus, das bereits bei Antragstellung zur Zulassung zum Studium nachzuweisen ist. Zur Umsetzung sämtlicher Verbesserungsvorschläge sollten sich mit Behördenvertretern auch 2019 mehrere Gelegenheiten eröffnen. **mk**

## EUROPÄISCHE HOCHSCHULPOLITIK: VOM AFFRONT ZUR ANNÄHERUNG

Im Rückspiegel: Zwanzig Jahre  
Sorbonne Declaration



Die *Sorbonne Declaration*, die rückblickend als Initialzündung für die Bologna-Reform gesehen werden kann, wurde eigentlich als europäische Initiative zum 800-jährigen Jubiläum der Sorbonne Universität im Mai 1998 vorgestellt. Der einzige Haken war, dass sie von nur drei EU-Regierungsvertretern bzw. einer EU-Regierungsvertreterin aus Frankreich, Italien, Deutschland bzw. Großbritannien im Rahmen einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet wurde, ohne jedoch die anderen europäischen Vertretungen hinzuzuziehen.

Die daraus folgende Einladung, sich dieser losen, nicht bindenden Erklärung außerhalb des EU-Rahmens anzuschließen, erregte aus unterschiedlichen Gründen große Aufmerksamkeit, aber auch Unmut. So wurden Aussagen zu Europa, Bildung, Wissen und Universitäten gemacht, die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes und die Einführung einer zweigliedrigen Studienstruktur (*undergraduate/graduate Zyklen*) angeregt, obwohl nur vier, wenngleich große, Staaten in die – verhältnismäßig kurzfristige – Vorbereitung involviert waren.

Als Affront betrachteten insbesondere kleinere Staaten die Ignoranz von grundlegenden Verhaltenscodizes bei europäischen Kooperationen und die angeführten Harmonisierungsbestrebungen; gemäß dem Motto: Die großen Staaten richten den kleinen aus, in welche Richtung Entwicklungen zu gehen hätten. Auch wurden die Vorschläge von Universitäten und

Nationalstaaten als Eingriff in die akademische Freiheit und die jeweiligen nationalen Hochschulsysteme gesehen – nicht ganz zu Unrecht.

Erstaunlicherweise wurden viele Aktivitäten mit weitreichenden Auswirkungen in Gang gesetzt: Es kam zur Gründung einer *Sorbonne Follow Up Group*; zu Umsetzungsbestrebungen nicht nur in den drei kontinentaleuropäischen Signatarstaaten; zur Erarbeitung einer auf breiter Basis erarbeiteten Schrift – der *Bologna Declaration* – und zur Organisation der Konferenz in Bologna.

### Kaum nationale Rückkoppelung

Als ein besonders über den Sorbonner Konferenzverlauf indignierter Staat hatte sich Österreich in der zweiten Jahreshälfte 1998 für ein Follow-up eingesetzt, da die Grundideen – steigender Wettbewerb europäischer Universitäten durch eine reformierte Studienstruktur und andere Begleitmaßnahmen – prinzipiell von den meisten für notwendig befunden worden waren. Dem engen Zeitrahmen geschuldet – die Bologna-Konferenz sollte im Juni 1999 stattfinden –, war die nationale Rückkoppelung mit Universitäten nur in Ansätzen möglich.

Die Argumente, Diskussionen sowie der rasche Meinungsschwenk von der Ablehnung einer neuen hin zur Einführung einer dreigliedrigen Studienstruktur, bestehend aus Bakkalaureat, Master und Doktorat, stellen ein interessantes Stück hochschulpolitischer Geschichte dar; aber dies ist eine andere Geschichte.

## GRIFFIGE BOTSCHAFTEN UND MEHR MUT ZUR EIGENVERANTWORTUNG

Einmal mehr hatte das **Forum Lehre** der uniko im abgelaufenen Jahr einen vielbeachteten medialen Auftritt: Aus Anlass des zwanzigjährigen Jubiläums des Europäischen Hochschulraums (EHR) und Beginns des Bologna-Prozesses hatte die **Österreichische Universitätenkonferenz** unter Federführung des Forums einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der – angeführt von **Präsidentin Eva Blimlinger** – am 26. März in einem Hintergrundgespräch vor Vertreterinnen und Vertretern der Tageszeitungen in Wien präsentiert wurde.

Die wichtigsten Punkte präsentierten die Präsidentin und Vizerektor **Martin Polaschek** (Universität Graz) als langjähriger Vorsitzender des **Forums Lehre** in griffigen Botschaften: Die Universitäten wollen die Reform des Bologna-Prozesses selbst in die Hand nehmen, statt sich von Verwaltungsgremien in eine passiv-reaktive Position drängen zu lassen; bestehende Strukturen des EHR dürften nicht durch ständige Erweiterung der Themenpalette geschwächt werden; auf die Ministercommuniqués in der bisherigen Form sollte verzichtet werden, was zu einer Reduktion der kaum mehr überschaubaren Arbeitsgruppen und Rahmenpapiere führen würde. „Da alle Universitäten unterschiedliche Voraussetzungen in Bezug auf Standort, Studien und Größe der Studierendenschaft haben, ist es unumgänglich, dass die Universitäten mehr als bisher selbst die Verantwortung übernehmen“, stellte Vorsitzender **Polaschek** fest.

Breiten Raum nahm in den Sitzungen des **Forums Lehre** das Thema Rückerstattung von Studienbeiträgen für berufstätige

Bologna und Studienabschlüsse  
als dauerhafte Baustellen

Studierende ein. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projekts „Besser studieren“, das von der **Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH)** und Präsidiumsmitgliedern der uniko während des Jahres gemeinsam vorangetrieben wurde, eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, welche Rahmenbedingungen einen schnelleren Studienabschluss ermöglichen könnten. Die Ergebnisse sollen, so Vorsitzender **Polaschek**, 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

### Problem Lehramtspraktikum

Auch der Wegfall des Unterrichtspraktikums Lehramt ab dem kommenden Wintersemester stand im **Forum Lehre** mehrfach auf der Agenda. Das Forum sei in dieser Angelegenheit, so **Polaschek**, im intensiven Austausch mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: „Wir wollen gewährleisten, dass die angehenden Lehrerinnen und Lehrer auch künftig entsprechend betreut werden.“

Auf große Resonanz stießen 2018 drei von den **Foren Lehre** und **Internationales** organisierte Workshops zu folgenden Themen: *Qualität in der Mobilität* (Universität Innsbruck); *Lehre und Lernen erforschen: Welchen Beitrag Digitales und Altbewährtes liefern können* (Universität Klagenfurt) sowie *Lehre und Forschung verschränken* (Wirtschaftsuniversität in Kooperation mit der Universität Wien). **mk**

## IM FOKUS: BESTE BEDINGUNGEN FÜR AKADEMISCHEN NACHWUCHS

Stellenbefristung und modernes  
Arbeitsrecht sind kompatibel



Heranbildung und Förderung des akademischen Nachwuchses: Diesem Auftrag des Gesetzgebers fühlen sich die Universitäten auch im Sinne des internationalen Wettbewerbs um die besten Köpfe verpflichtet. Um das beste Arbeitsumfeld zu ermöglichen, normiert das Universitätsgesetz (UG) 2002 das Arbeitsrecht für das wissenschaftliche und künstlerische Personal mit einer Lex specialis und schafft damit die Voraussetzungen für nachgeordnete Rechtsnormen, wie den Kollektivvertrag, der 2019 in sein zehntes Jahr der Anwendung kommt.

Dass im universitären Bereich befristete Anstellungen notwendig sind, ist nahezu unbestritten, etwa bei Dissertationsstellen oder im Drittmittelbereich. Der Wechsel zwischen befristeten Anstellungen sorgt aber in der Praxis für Rechtsunsicherheit bei den Universitäten und für Unmut bei den Betroffenen. Die bisher vorgenommenen Novellen des § 109 UG sorgten leider noch nicht für notwendige Klarheit.

Mehrmalige Befristungen sind nur in bestimmten inhaltlichen Kontexten erlaubt (ausschließliche Verwendung in der Lehre, Ersatzkräfte, Drittmittelstellen sowie bei einem „Karrieresprung“). Die wiederholte Befristung, die sich etwa bei der unmittelbar folgenden Anstellung ein und derselben Person ergibt, führt in der Praxis zu Unsicherheiten in der Rechtsauslegung.

Daher hat das Forum Personal der uniko eine Novelle des § 109 UG angeregt, die wiederholte Befristungen zulässt, jedoch auch die Interessen der Betroffenen an einer planbaren Karriere berücksichtigt. Der Wissenschaftsausschuss des Parlaments hat Ende 2018 einstimmig eine Entschliebung betreffend „Lösung des Kettenvertragsproblems an den österreichischen Universitäten“ beschlossen. Darin werden die Bundesregierung bzw. der zuständige Bundesminister ersucht, „gemeinsam mit den österreichischen Universitäten ... ein modernes Arbeitsrecht für Forscherinnen und Forscher zu schaffen“, das auch eine Neuregelung für befristete Stellen vorsieht.

### Bedrohte Forschung

Neben dem Tagesgeschäft hat das Forum Personal 2018 noch ein besonderer Aspekt beschäftigt: Zunehmend sind Akademikerinnen und Akademiker weltweit in der Ausübung ihrer Forschung und Lehre bedroht. Davon betroffenen Menschen eine Arbeitsmöglichkeit zu geben, ist das Ansinnen der Aktion „Bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“, bei der sich österreichische Universitäten zusammengeschlossen haben und jeweils auf maximal sechs Monate befristete Stellen auf Post-Doc-Niveau anbieten. Damit wird von einem „Arbeitsverbot“ in ihren Heimatländern bedrohten Forscherinnen und Forschern eine Möglichkeit geboten, weiterhin in der Scientific Community tätig zu bleiben.



**1 HOCH** soll er leben: Der gebürtige Wiener und in den USA lebende Nobelpreisträger **Eric Kandel** (89) erhält am 24. April das Ehrendoktorat der MedUni Wien; rechts hinten: Rektor **Markus Müller**.

**2 BREIT**wandformat für die Inauguration: Der neue Boku-Rektor präsentiert am 19. April gemeinsam mit dem Minister sein Team: Vize **Gerhard Mannsberger**, Vize **Sabine Baumgartner**, BM **Heinz Faßmann**, Rektor **Hubert Hasenauer**, Vize **Andrea Reithmayer**, und Vize **Christian Obinger** (von links nach rechts).



**3 KLEIN**, aber oho startet am 22. Mai die Fundraising-Aktion „Lass Wissen wachsen“ im Botanischen Garten der Universität Graz: die Science Busters **Helmut Jungwirth**, rechts neben Rektorin **Christa Neuper**, und **Martin Puntigam**, links neben Vizerektor **Peter Riedler**, als erste Paten – just für eine „Aasblume“.

**4 GROSSE** Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik für Rektor **Gerald Bast** aus der Hand von Bundespräsident **Alexander Van der Bellen** anlässlich des Festakts „150 Jahre Universität für angewandte Kunst Wien“ am 18. Mai.

**5 LANGER** Schlüssel zur feierlichen Eröffnung des neuen Standorts der Kunstuniversität Linz (Brückenkopfgebäude Ost, Hauptplatz 6) am 5. Oktober. Von links: BIG-Geschäftsführer **Hans-Peter Weiss**, Landtags-Abg. **Elisabeth Manhal**, Vizerektorin **Christine Windsteiger**, Rektor **Reinhard Kannonier**, Linzer Bürgermeister **Klaus Luger**.

**6 KURZES** Statement zum Jubiläum „20 Jahre Campus der Universität Wien“ am 16. Oktober: Bürgermeister **Michael Ludwig**, flankiert von Rektor **Heinz Engl**, anlässlich des Festakts unter dem Motto „Wissenschaftsstadt Wien. Seit 1365“.



**1 ERKLÄRUNG.** Präsidentin **Eva Blimlinger** bei ihrer Rede anlässlich des uniko-Neujahrsempfangs am 15. Jänner im Festsaal der Raiffeisen Bank International in Wien.

**2 KLARSTELLUNG.** **Oliver Vitouch**, Vizepräsident der uniko, am 1. Feber im KURIER-TV-Interview mit Chefredakteur **Helmut Brandstätter**.

**3 VERKLÄRUNG.** 25-Jahr-Feier der Tschechischen Rektorenkonferenz am 15. Feber 2018 im „Carolinum“ der Karls-Universität Prag: links **Oliver Vitouch**, Rektor der Universität Klagenfurt und uniko-Vizepräsident, rechts **Udo Hebel**, stellv. Vorsitzender der Bayerischen Universitätenkonferenz; im Torbogen links: **Rolf Tarrach**, Präsident der European University Association (EUA).

**4 CHANCENKLÄRUNG.** uniko-Presskonferenz am 17. Oktober zur Evaluierung der MORE-Flüchtlingsinitiative im Wiener Café Landtmann. Von links: **Eva Blimlinger**, uniko-Präsidentin, **Johann Bacher**, MORE-Koordinator an der Universität Linz, **Nadine Shovakar**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der uniko.



**5 AUFKLÄRUNG.** Pressekonferenz anlässlich der Wiener Erklärung „Universities for enlightenment“ am 13. Dezember im Hotel Regina, Wien. Von links: **Peter-André Alt**, HRK-Präsident, **Eva Blimlinger**, uniko-Präsidentin, **Jan Hancil**, Vizepräsident der Tschechischen Rektorenkonferenz, **Andrzej Krasniewski**, Generalsekretär der Polnischen Rektorenkonferenz.

**6 ABKLÄRUNG.** Übergabe der Dokumente an die Rektorinnen und Rektoren am 18. Dezember am Wiener Minoritenplatz – nach erfolgter Aussprache mit Bundesminister **Heinz Faßmann** (hinter uniko-Präsidentin **Eva Blimlinger**) über Ablauf und Ergebnisse der Verhandlungen zu den Leistungsvereinbarungen.

## SCHRÖDINGERS KATZE ALS VIRTUELLES HAUSTIER DER WISSENSCHAFT

84 Jahre ist es her, dass Erwin Schrödinger eine Katze gedanklich in eine Kiste sperrte. Auch der Onlineauftritt von Schrödingers Katze hat bereits ein beträchtliches Alter erreicht: Seit fünf Jahren lebt sie in ihrer virtuellen Box. In dieser Zeit hat sich der Wissenschaftsblog der **Österreichischen Universitätenkonferenz** verändert. Er ist ein bisschen reifer geworden, ohne jedoch seinem Leitspruch untreu zu werden. „Bleib neugierig!“ ist der Appell, der die Katzensitterinnen und -sitter und ihr Publikum antreibt.

Schrödingers Katze holt Forscherinnen und Forscher aller Disziplinen vor den Vorhang und gibt ihrer Arbeit eine Bühne. Dabei leistet der Blog einen wertvollen Beitrag für die Wissenschaftskommunikation – denn Wissenschaft ist vielfältig und divers, und die Universitäten sind noch bunter.

Seit fünf Jahren bietet Schrödingers Katze Antworten auf alltägliche und besondere Fragen. Das ist, was die Katze von anderen Wissenschaftsmedien unterscheidet. Wer kauft eigentlich Elektroautos? Warum ist es noch nicht möglich, einen Quantencomputer zu bauen? Machen Romane uns zu besseren Menschen? Das alles sind Fragen, die sich nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen, sondern auch Menschen interessieren, die noch nie Universitätsluft geschnuppert haben.

### 26.000 Fans auf Facebook

Durch diese Themenvielfalt ergibt sich ein Bild des Universitätsalltags, das nicht nur Menschen aus dem Uni-Kosmos anspricht.

uniko-Blog erreicht 36.000 Leserinnen und Leser

Schrödingers Katze wendet sich an alle, die wissenschaftsbegeistert und forschungsinteressiert sind. Im vergangenen Jahr waren das weit über 36.000 Leserinnen und Leser. Auf Facebook folgen 26.000 Fans Schrödingers Katze: Sie „likern“, staunen und kommentieren. Auch auf Instagram gelingt es der Katze, mit Wissen, verpackt in Grafiken, zu zeigen, was Wissenschaft auch ist – nämlich eine Fundgrube für Fun Facts.

Schrödingers Katze begibt sich nicht nur auf die Suche nach prägnanten Antworten. Der Blog gewährt auch Blicke hinter die Kulissen der Universitäten. Ausgezeichnete Forscherinnen und Forscher erzählen aus ihrer Studienzeit und davon, wo sie am liebsten ihre Mittagspause auf dem Campus verbringen; Studentinnen und Studenten sprechen darüber, was sie zu ihrem Studium bewegt hat; und der Wissenschaftler des Jahres und Pianist Nuno Maulide erklärt, warum ihn organische Chemie so fasziniert.

Zahlen, Daten, Fakten – und der manchmal lange Weg, um an sie heranzukommen, verständlich und alltagsnah erklärt. Selbst die kompliziertesten Themen werden so für ein wachsendes Publikum greifbar. Denn Bildung ist wertvoll. Wie wertvoll genau? Sogar darauf hat Schrödingers Katze Antworten gefunden.

**ANIKA SUCK, Autorin beim Blog**



SCHRÖDINGERS  
KATZE ✂

## ALLES POPULISMUS? PASSENDE BEGRIFFE STATT LEERER FLOSKELN

Ein Hilferuf aus der Welt des Journalismus  
an die Wissenschaft



„Die Hilflosigkeit, mit der wir neue politische Phänomene zu benennen versuchen, zieht sich durch Medien wie Wissenschaft.“

Am Anfang war das Wort, heißt es so wunderbar im biblischen Schöpfungsbericht nach Johannes. Wer wüsste das besser als die Universitäten? Die Fähigkeit, die Welt um uns herum richtig zu benennen, sie auch tatsächlich zu verstehen, steht und fällt mit den richtigen Begriffen.

Mit unserem Wissen über die Welt haben sich deshalb auch die Begriffe fast ins Unendliche, jedenfalls ins Unübersichtliche, vermehrt. Laien können davon ein Lied singen, wenn sie beim Expertengespräch maximal Bahnhof verstehen. Trotzdem schaffen es neue Wörter für neue Phänomene erstaunlich schnell in den allgemeinen Sprachgebrauch.

### Unbändige Erfindungslust

Angesichts dieser unbändigen Lust am Erfinden neuer und am Umdeuten bestehender Worte überrascht es immer wieder, dass ausgerechnet die Welt des Politischen von dieser Entwicklung aufgenommen ist. Und dies noch dazu in einem Moment, in dem unsere politischen Systeme von teils heftigen Eruptionen durchgeschüttelt werden und sich längst nach neuen Koordinaten ausgerichtet haben.

Doch diese Umwälzungen finden keinen Eingang in die Rede von und über Politik. Also versuchen wir verzweifelt mit Begriffen aus dem 19. Jahrhundert – links, rechts, Liberale, Konservative, Sozialdemokraten – die politische Entwicklung zu Beginn des

21. Jahrhunderts sprachlich zu fassen. Das kann natürlich nicht gelingen. Und weil wir keine Worte für das Neue haben, fällt es uns auch so schwer, die Kräfte, die da am Werk sind, in ihrem Inneren zu verstehen.

Zu den sinnentleertesten Begriffen der Gegenwart gehört etwa der Populismus. Was soll man auch mit einem Wort anfangen, das so radikal unterschiedliche Politiker-Phänomene wie Donald Trump, Heinz-Christian Strache, Jean-Luc Mélenchon, Alexis Tsipras, Beppe Grillo, Jair Bolsonaro, Rodrigo Duterte oder Andrés Manuel López Obrador auf einen Nenner zu bringen versucht. Und was Trump mit Recep Tayyip Erdoğan, Wladimir Putin, Xi Jinping und weiteren Staatenlenkern verbindet, ist auch schwer zu erklären. Und trotzdem werden sie alle als Nationalisten bezeichnet. Mit der Unfähigkeit zur sprachlichen Differenzierung schwindet auch der Erkenntniswert.

Die Hilflosigkeit, mit der wir neue politische Phänomene zu benennen versuchen, zieht sich durch Medien wie Wissenschaft. Entsprechend ist es höchste Zeit, sich auf die Suche nach neuen, passenderen Begriffen zu machen, um besser zu verstehen, was da vor sich geht. Denn nur was wir annähernd exakt benennen können, lässt sich auch fruchtbringend analysieren.

Daher an dieser Stelle ein ernst gemeinter Auf- und Hilferuf aus der Welt des Journalismus an die Wissenschaft: Verabschieden wir uns endlich von den nichtssagenden Floskeln und erarbeiten uns passende Begriffe, das Neue zu fassen. Danke schon einmal im Voraus!

## DER EVERGREEN DER ZEHNERJAHRE: „ENDE DES FREIEN UNI-ZUGANGS“

Wie lange lässt sich in den Printmedien das – garstige – Lied vom „Ende des freien Zugangs“ zu Universitäten anstimmen? Führt man sich Schlagzeilen und Texte der vergangenen zehn Jahre seit der „unibrennt“-Zäsur 2009 vor Augen, kann man getrost von einem Evergreen sprechen – eine schaurige Weise, trotz Patina geeignet, Gänsehaut beim Publikum zu erzeugen.

Mit jeder neuen gesetzlichen Regelung von Studienplätzen wird die mittlerweile zum Phantom mutierte Doktrin der Kreisky-Ära hervorgekramt. Kaum waren die Leistungsvereinbarungen der Universität Graz, verbunden mit neuen Aufnahmeverfahren ab Herbst 2019, abgeschlossen, stellte die KLEINE ZEITUNG im Oktober die bange Frage: *Ist das nun das endgültige Ende des freien Hochschulzugangs?*

Dabei hatte DIE PRESSE schon am 5. März 2010 (!) in Balkenlettern auf Seite 1 *Das Ende des freien Uni-Zugangs* vorausgesagt. Anlass waren durchgesickerte Pläne der damaligen Wissenschaftsministerin Beatrix Karl. Im August 2011 war – ebenfalls in der PRESSE – zu erfahren: *SPÖ-Wende: Das Ende des freien Uni-Zugangs naht*. Im November 2012, die Regierung hatte sich zaghaft zur Studienplatzfinanzierung bekannt, titelten die OÖN: *Der langsame Abschied vom freien Unizugang*.

Die unscharfe Trennung zwischen Gratis-Zugang, ohne Studienbeitrag, und offenem, weitgehend ungeregeltem Zugang zum Studium führte zudem zu einer Begriffsvermischung, speziell in Debatten über Studiengebühren – lange Zeit ein weiteres verlässliches Reizthema: So stellte die

Ein Reizthema in den Zeitungen  
legt Patina an

PROFIL-Leitartiklerin im Oktober 2011 be-  
zugnehmend auf Studiengebühren fest: *Der  
große und Jahrzehnte dauernde Feldversuch  
„freier Universitäts-Zugang“ ist gescheitert.*

### „Illusion“ als Aufmacher

Als 2017 neuerlich Anzeichen einer SPÖ-  
Wende zu orten waren, taugte das Thema  
wieder zu Aufmachern. *Rektorenchef: „Freier  
Unizugang ist eine Illusion“*, knallte der  
KURIER ein Zitat des damaligen uniko-  
Präsidenten Oliver Vitouch am 27. Feber  
auf Seite 1. Auch die WIENER ZEITUNG  
bastelte im April daraus den Aufmacher:  
*Der Anfang vom Ende des freien Uni-Zugangs.*

Demgegenüber waren die SALZBURGER  
NACHRICHTEN schon im November 2009  
zur Erkenntnis gelangt: *Mit dem freien  
Unizugang war es auch bisher nicht allzu  
weit her*. Die SN listeten die „seit jeher“ gel-  
tenden Tests bei Kunst- und Sportstudien  
ebenso auf wie die seit 2005 als Folge des  
EuGH-Spruchs geltenden Aufnahmeverfahren  
in Studien wie Medizin und Psychologie.

Seither hat sich die universitäre Welt weiter-  
gedreht: Mit dem Wintersemester 2018/19  
waren 40 Prozent der Studienanfänger  
und -anfängerinnen von Zugangsverfahren  
betroffen – somit gilt für mehr als die Hälfte  
noch der „freie Zugang“. Die Parole „Das  
Ende ist nah!“ wird wohl weiter als gedruckte  
Hiobsbotschaft dienen – jedenfalls so lange,  
bis die Phantomschmerzen über den partiel-  
len Verlust überwunden sind.



## PRÄSIDENTIN

**Eva Blimlinger**  
Akademie der bildenden Künste Wien

## PRÄSIDIUM

**Oliver Vitouch**  
Vizepräsident  
Universität Klagenfurt

**Heinz Engl**  
Universität Wien

**Edeltraud Hanappi-Egger**  
Wirtschaftsuniversität Wien

**Markus Müller**  
Medizinische Universität Wien

**Christa Neuper**  
Universität Graz

**Sabine Seidler**  
Technische Universität Wien

**Tilmann Märk** (kooptiert)  
Universität Innsbruck

## PLENARVERSAMMLUNG

**Universität Wien**  
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinz Engl

**Medizinische Universität Wien**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Markus Müller

**Universität Graz**  
Rektorin Univ.-Prof. Dr.<sup>in</sup> Christa Neuper

**Medizinische Universität Graz**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Hellmut Samonigg

**Universität Innsbruck**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

**Medizinische Universität Innsbruck**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Fleischhacker

**Universität Salzburg**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

**Technische Universität Wien**  
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.<sup>in</sup> Sabine Seidler

**Technische Universität Graz**  
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

**Montanuniversität Leoben**  
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

**Universität für Bodenkultur Wien**  
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek  
ab 1. Feber:  
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hubert Hasenauer

**Veterinärmedizinische Universität Wien**  
Rektorin Ao. Univ.-Prof. Dr.<sup>in</sup> Petra Winter

**Wirtschaftsuniversität Wien**  
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.<sup>in</sup> Edeltraud Hanappi-Egger

**Universität Linz**  
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas

**Universität Klagenfurt**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

**Akademie der bildenden Künste Wien**  
Rektorin Mag.<sup>a</sup> Eva Blimlinger

**Universität für angewandte Kunst Wien**  
Rektor Dr. Gerald Bast

**Universität für Musik und darstellende Kunst Wien**  
Rektorin Mag.<sup>a</sup> art. Ulrike Sych

**Universität Mozarteum Salzburg**  
interim. Rektorat:  
Vize rektor Dr. Mario Kostal,  
Vize rektorin Sarah Wedl-Wilson, MA  
ab 1. April: Rektorin Univ.-Prof. Elisabeth Gutjahr

**Universität für Musik und darstellende Kunst Graz**  
Rektorin Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Freismuth  
ab 1. Oktober: geschäftsführender Vize rektor  
Univ.-Prof. Mag. art. Eike Straub

**Universität für künstlerische und industrielle  
Gestaltung Linz**  
Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier

## FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

### BUDGET UND RESSOURCEN

**Vorsitz:**  
Vize rektorin MMMag. Dr.<sup>in</sup> Andrea Hoffmann  
Technische Universität Graz  
ab Oktober: Vize rektor Mag. Dr. Peter Riedler  
Universität Graz

**Subarbeitsgruppen:**  
Wissensbilanz  
Kostenleistungsrechnung  
Risikomanagement  
Public Corporate Governance Kodex (PCGK)

### Arbeitsplattform IUF – Infrastruktur und Facility Management

**Vorsitz:**  
Vize rektorin Univ.-Prof. Dr.<sup>in</sup> Regina Hitzenberger  
Universität Wien

### FORSCHUNG UND ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE

**Vorsitz:**  
Vize rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Johannes Fröhlich  
Technische Universität Wien

**Subarbeitsgruppen:**  
Universitätsdiskurs Austria  
9. EU-Forschungsrahmenprogramm  
Liaison-office (Kunst und allgemein)

**Task Force:**  
Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

### LEHRE

**Vorsitz:**  
Vize rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek  
Universität Graz

**Subarbeitsgruppen:**  
Studienrecht  
Rück erstattung von Studienbeiträgen für Berufstätige

**Task Force:**  
Lehramt

### INTERNATIONALES

**Vorsitz:**  
Rektorin Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Freismuth  
Universität für Musik und darstellende Kunst Graz  
ab Okt. Vize rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Moser  
Montanuniversität Leoben

**Subarbeitsgruppe:**  
Forum Fremdenrecht

### PERSONAL

**Vorsitz:**  
Vize rektor Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Meixner  
Universität Innsbruck

### Task Force Gender & Diversity

**Vorsitz:**  
Vize rektorin Univ.-Prof. Dr.<sup>in</sup> Renate Dworczak  
Universität Graz

### AG MORE Koordinationsgruppe

**Vorsitz:**  
Generalsekretärin Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Fiorioli  
Österreichische Universitätenkonferenz

## DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

**Vorsitz:**  
Vize rektor Ass.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Meixner  
Universität Innsbruck

**uniko-VERANSTALTUNGEN** mit Partnern bzw. unter alleiniger Verantwortung

- 15. Jänner: **Neujahrsempfang**; Raiffeisen Bank International; Wien
- 17. Mai: Workshop zu **Qualität in der Mobilität**; Foren Lehre und Internationales; Universität Innsbruck
- 6. Juni: Workshop zu **Lehre und Lernen erforschen**: Welchen Beitrag Digitales und Altbewährtes liefern können; Foren Lehre und Internationales; Universität Klagenfurt
- 6. September: **Lehre und Forschung verschränken**; Foren Lehre und Internationales; Wirtschaftsuniversität Wien – in Kooperation mit der Universität Wien
- 11. September: **Universitätsdiskurs Austria**: Inklusive Wissenschaft: Zum Für und Wider von Open Science und Citizen Science; im Rahmen des Festivals 50 Jahre Wissenschaftsfonds FWF; Wien
- 24. September: Vortrag und Diskussion zu „**Hochschulpolitik – Außensicht eines früheren Insiders**“ mit WIFO-Leiter Christoph Badelt; Verein zur Förderung der Universitätenkonferenz; Wien
- 26./27. September: **Trilaterales Treffen** der Rektorenkonferenzen D-A-CH; Universität Göttingen
- 19. November: **Diversität in Forschung und universitärer Praxis**; uniko-Task Force Gender & Diversity – in Kooperation mit der Universität Graz; ebendort
- 12./13. Dezember: Workshop zu Aktionsprogramm für die Freiheit der Wissenschaften: Zehn Rektorenkonferenzen aus Europa unterzeichnen die **Wiener Erklärung: „Universities for Enlightenment“**; Wien Hotel Regina

**TERMINE DER  
PLENARVERSAMMLUNGEN**

- 68. ordentliche Plenarversammlung**  
am 5. März 2018  
mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
- 69. ordentliche Plenarversammlung**  
am 23. April 2018  
Universität Wien
- 70. ordentliche Plenarversammlung**  
am 18. Juni 2018  
Kunstuniversität Linz
- 71. ordentliche Plenarversammlung**  
am 8. Oktober 2018  
Technische Universität Wien
- 72. ordentliche Plenarversammlung**  
am 10. Dezember 2018  
Technische Universität Graz

**AKTIVITÄTEN DER uniko  
IN ZAHLEN**

Plenarversammlungen (inkl. Strategieklausur)	<b>6</b>
Präsidiumssitzungen	<b>8</b>
Von der uniko (mit)organisierte Veranstaltungen	<b>9</b>
Vertretungen in (inter)nationalen Gremien (durch Generalsekretariat)	<b>26</b>
Pressekonferenzen/Pressegespräche	<b>5</b>
Presseaussendungen	<b>18</b>
Newsletter	<b>9</b>
Stellungnahmen und Positionen	<b>12</b>
Publikationen	<b>2</b>

**VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ**

- Vorstand:**  
**Präsident**  
 Generalanwalt Dr. Walter Rothensteiner  
**Stellvertreterin des Präsidenten**  
 Rektorin Mag.<sup>a</sup> Eva Blimlinger

- Schriftführer**  
 Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan  
**Kassier**  
 Dr. Gerhard Riemer



**Elisabeth FIORIOLI**  
Mag.<sup>a</sup>  
Generalsekretärin



**Doris SCHÖBERL**  
Mag.<sup>a</sup>  
Stv. Generalsekretärin  
Rechtsfragen, Dachverband



**Manfred KADI**  
Öffentlichkeitsarbeit



**Gerda PRIESSNITZ**  
Organisation



**Nadine SHOVARAK**  
MMag.<sup>a</sup>  
seit Juni: Internationales



**Clemens UNTERBERGER**  
Mag.  
Budget



**Petra WEJWAR**  
Mag.<sup>a</sup>  
Forschung, uniko-PEDIA  
karenziert ab Dezember



**Elisabeth WESTPHAL**  
Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup>  
Bologna-Prozess, Lehre,  
Hochschulbildung in Europa



**Sylwia KRUL**  
Sekretariat



**Samira SEFEROVIC**  
Mag.<sup>a</sup>  
bis Juni: Karenzvertretung,  
Internationales



**Felix SCHRÖPFER**  
Mag.  
seit Nov.: Karenzvertretung,  
Forschung

# Vermehrt Schönes!

## Wir unterstützen auch

die **Viennale – Vienna International Film Festival**.  
den **MehrWERT-Filmpreis**.  
das **Gustav Mahler Jugendorchester**.  
die **Jeunesse**.  
die **Wiener Festwochen**.  
das **Klangforum Wien**.  
**Wien Modern – Festival für Neue Musik**.  
den **Kompositionspreis für Neue Musik**.  
den **Zyklus Jazz im Konzerthaus**.  
das **Jazzland**.  
die **Secession**.  
das **weisse haus – Kunstverein**.  
den **MehrWERT-Kunstpreis**.  
das **Volkskundemuseum Wien**.

das **ZOOM Kindermuseum**.  
das **Internationale Kinderfilmfestival**.  
**Tricky Women – International Animation Film Festival**.  
das **dotdotdot Kurzfilmfestival**.  
die **Vienna Design Week**.  
den **MehrWERT-Designpreis**.  
die **Caritas**.  
das **Hilfswerk**.  
den **Verein lobby.16**.  
die **Friedensflotte mirno more**.  
die **Aktion Hunger auf Kunst & Kultur**.  
**Kultur-Transfair**.  
u.v.m.

## IMPRESSUM

**Herausgeber und Medieninhaber:** Österreichische Universitätenkonferenz  
Generalsekretariat, Floragasse 7/7, 1040 Wien  
Tel.: +43 1 310 56 56-0, Fax: +43 1 310 56 56-22, E-Mail: office@uniko.ac.at

**Homepage:** [www.uniko.ac.at](http://www.uniko.ac.at)

**Redaktion:** Manfred Kadi, Generalsekretariat

**Gestaltung:** [www.goldmaedchen.at](http://www.goldmaedchen.at)

**Fotonachweise:** APA/Jacqueline Godany; ViennaShots; BMBWF/Martin Lusser; HRK/David Ausserhofer; Jürgen Grünwald; OeNB; FWF/Lusser; BOKU; Christian Schneider; IVE; Wolfgang Zlodej; Franz Pflügl; Universität Innsbruck; MedUni Wien/Matern; ZID/Christoph Gruber; Uni Graz/Kanizaj; HBF/Carina Karlovits; Universität Wien/derknopfdruecker.com; APA/Katharina Fröschl-Roßboth; KURIER/Jeff Mangione; „Fotorepo“/Rene Volfik; W24/Martin Schrott; BMBWF; Wiener Zeitung.

**Druck:** Medienfabrik Graz GmbH

